

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

33 (8.2.1913) Erstes Blatt

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 80 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

### Zentrumstaktik und Zentrumspolitik.

Die Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ über die In-  
 teraktionsversuche eines hervorragenden Mitglieds der  
 Zentrumstaktik bei einem Führer der Sozialdemokratie  
 wegen eines Zusammengehens bei den Wahlen im Falle  
 einer Auflösung des Reichstags, hat in der Zentrumspresse  
 eine Bombe eingeschlagen. Mit viel Aufwand von  
 wachsender Entrüstung verurteilt die Zentrumspresse diese  
 Nachricht als Schwindel abzutun. Vergeblich! Die Rich-  
 tigkeit der von der „Frankf. Ztg.“ publizierten Nachricht  
 ist fest und kann deshalb auch mit den kühnsten Dementi-  
 versuchen nicht mehr aus der Welt geschafft werden.  
 Die Dummheit — um mit dem „Bad. Beobachter“ zu reden  
 — ist gemacht worden. Daß das Zentrum prinzipiell nie  
 abgeneigt war, auch mit der Sozialdemokratie bei den  
 Wahlen Geschäfte zu machen, ist übrigens trotz aller Ab-  
 lehnungen der Zentrumspresse feststehende Wahrheit.  
 Wenn daselbst Manöver wie jetzt hat die Zentrumspresse  
 noch vor einigen Jahren aufgeführt. Als im Jahre 1907  
 die Mitteilung von einem seitens des Abg. Müller-  
 Fulda der Sozialdemokratie gemachten Angebotes für  
 ein Stimmabkommen in die Öffentlichkeit kam, hat die  
 Zentrumspresse genau wie jetzt versucht, die Tatsachen  
 zu leugnen, bis die Veröffentlichung der zwischen dem  
 Abg. Müller-Fulda und unserem mittlerweile verstorbenen  
 Kollegen Singer gepflogenen Korrespondenz den Ab-  
 lehnungen der Zentrumspresse ein Ende machte. Die-  
 selben kampfhaften Bemühungen der Ablehnung hat die  
 Zentrumspresse auch bezüglich des im Dom zu Speyer er-  
 schlossenen Wahlbündnisses zwischen dem Zentrum und  
 der Sozialdemokratie gemacht. Auch in diesem Falle  
 wurde die Zentrumspresse durch die Schilderungen des  
 Abg. v. Bollmar Lügen gestraft.

Ueber die Vorgänge in Baden, wo das Zentrum  
 die Sozialdemokratie direkt und indirekt unter-  
 stützt hat, brauchen wir uns nicht des näheren auszulassen;  
 die Tatsachen stehen in guter Erinnerung.  
 Das laubere Plänchen des Zentrums, mit der Sozial-  
 demokratie im Falle einer Reichstagsauflösung zusam-  
 menzugehen, hat eine verteilte Mehrheit mit dem  
 Plane, den das badische Zentrum für die nächsten  
 Landtagswahlen ausgeheckt hat. Während das Zentrum  
 im Baden die Nationalliberalen gegen die Sozialdemokra-  
 tie unterstützen will, um so die konservativ-liberalen Herr-  
 schaft zu etablieren, möchte es bei den eventuellen Reichs-  
 tagswahlen mit den Sozialdemokraten dasselbe  
 Manöver gegen die Liberalen zu demselben Zwecke  
 machen. In beiden Fällen wären sowohl die Sozialdemokra-  
 ten als die Liberalen die Dupierten.

Diese Struppellosigkeit beschränkt sich beim Zentrum  
 aber nicht nur auf die Wahlpolitik, es beschränkt sie auch in  
 der Politik. Beispiele dafür gibt es in Hülle und Fülle.  
 Einen geradezu klassischen Beleg für die politische Struppel-  
 losigkeit der Zentrumspolitik lieferte die „Köln. Volks-  
 zeitung“. Unter Schmeicheleien, die Mannheimer „Volks-  
 stimmung“, berichtete dieser Tage, daß die sozialdemokratische  
 Reichstagsfraktion um eine weitere Belastung der breiten  
 Volksschichten zu verbitten, für eine allgemeine Ver-  
 steuerung stimmen werde. Dazu bemerkt nun die  
 „Köln. Volkszeitung“:

Wir haben auf solche Pläne vor einer Woche schon hin-  
 gewiesen, dabei aber noch bezweifelt, ob die Sozialdemokratie  
 dem Ruf der Lächerlichkeit nicht scheuen und für den Mili-  
 tarismus Steuern bewilligen werde, denn das ist es, was die  
 Mannheimer „Volksstimmung“ ankündigt, mag sie auch noch  
 so große Worte machen, um es zu verhüllen. Heute ist kein  
 Zweifel daran, daß zum wenigsten die Revisionisten bereit sind,  
 die Partei der antimilitaristischen Phrasen auf diesen Weg  
 nach Damaskus zu führen. Ob sie die Masse der Partei  
 richtig eingeschätzt haben, indem sie diese schöne Frucht badi-  
 scher Notbloderziehung schon heute verzeihen, bleibt abzuwar-  
 ten. Wir unferseits können dem Mannheimer Blatte für  
 seine Offenherzigkeit jedenfalls nur dankbar sein. Sie be-  
 deutet damit auch andern Parteien nur um so heller den  
 Weg, den sie zu gehen haben. Wenn man in Mannheim  
 glaubt, daß es für die Regierung und für die Parteien, die  
 das sozialdemokratische Steuerideal der Kindeserbschafts-  
 steuer bekämpfen, keinen Weg gäbe, um an dem von ihr auf-  
 gerichteten Gefährte vorbeizukommen, so  
 wird sie sicherlich eine schwere Enttäuschung erleben.

Was man so etwas schon erlebt? Das „patriotische“  
 Zentrum ist entriestet, weil die Sozialdemokratie sich nicht  
 wehrt, durch Bewilligung einer Besitzsteuer den Fluch der  
 Lächerlichkeit auf sich zu laden. Das „patriotische“ Zen-  
 trum denunziert unsere Reichstagsabgeordneten als Prin-  
 zipienverräter und versucht die Massen gegen sie aufzu-  
 wegen, um unserer Reichstagsfraktion den Weg nach Da-  
 maskus zu verstopfen. Das „patriotische“ Zentrum will  
 es verhindern, daß die Sozialdemokratie Steuern für den  
 Militarismus bewilligt. Deshalb wird die Absicht unserer  
 Fraktion, an Stelle neuer, indirekter Steuern eine Ver-  
 steuerung einzuführen, als ein Erfolg der Revisionisten und  
 als „schöne Frucht badißer Notbloderziehung“ denunziert.  
 Wenn das nicht ziele!

Doch Spaß beiseite, die Sache ist sehr ernst. Das Zen-  
 trum hat allerdings das größte Interesse daran, zu ver-  
 hüten, daß die Sozialdemokratie „den Weg nach Damaskus“  
 einschlägt, d. h. ihre politische Macht in die Bagchale  
 wirft. Dies zu verhindern, ist dem Zentrum kein Mittel  
 zu schlecht. Wir haben in Baden auf diesem Gebiete  
 reichliche Erfahrungen gesammelt. Wir erinnern nur  
 daran, in welcher struppelosen Weise das Zentrum die posi-  
 tive Mitarbeit unserer Vertreter im Landtag verdächtigte  
 und den Radikalismus mit allen Mitteln gegen die Re-  
 visionisten aufzuweichten versuchte, in welcher schamlosen  
 Weise es die Bemerkung des Ministers v. Bodman über  
 die Arbeiterbewegung ausschaltete, wie es, nachdem das  
 Zentrum eben erst im Reichstag die Reichsfinanz-  
 reform gemacht hatte, sich in Baden als Beschützer der  
 kleinen Leute aufspielte.

Das Zentrum kann nur so lange seinen unheilvollen  
 politischen Einfluß zur Geltung bringen, als es ihm ge-  
 lingt, die Sozialdemokratie und den Liberalismus als  
 Schachfiguren auf dem politischen Schachbrett zu benützen.  
 Wo ihm das — wie in Baden — unmöglich gemacht wird,  
 treibt es die struppelloseste Hege, um die gefürchtete Ko-  
 alition der Parteien der Linken auseinanderzusprennen oder  
 wie jetzt in der Reichspolitik, sie zu verhindern.

Wie unangenehm es dem Zentrum ist, daß die Sozial-  
 demokratie der abermaligen Ablehnung der Reichserb-  
 schaftsteuer hindernd im Wege steht, zeigt auch der „Bad.  
 Beobachter“, indem er im Anschluß an das Zitat der  
 „Köln. Volkszeitung“ bemerkt:

Der badische Revisionismus schickt sich also an, auch im  
 Reichstag darauf zu dringen, daß die Sozialdemokratie ihre  
 Regierungsfähigkeit zeige. Man darf gespannt sein, wie das  
 Angebot im sozialdemokratischen Lager selbst aufgenommen  
 wird.

Man merkt den Verger, der in diesen Zeilen verstreut  
 ist, wird aber nicht verstimmt, ganz im Gegenteil. Das  
 Zentrum kann lange warten, bis seine Hoffnung, es werde  
 wegen der Haltung unserer Fraktion zur Einführung einer  
 allgemeinen Besitzsteuer zu einer kleinen Revolution in der  
 sozialdemokratischen Partei kommen, in Erfüllung geht.

### Erbschaftssteuer oder Stempel- steuerbetrug?

Mit fieberhaftem Eifer arbeitet der schwarzblaue Block  
 an der Förderung des berüchtigten Schwermischen Vor-  
 schlags, an Stelle der vom Reichstag geforderten Erb-  
 schaftsteuer eine Ueberweisung der Stempelsteuern an  
 das Reich zu bewilligen, die Erbschaftsteuer aber durch  
 Abschichtung in die Einzelstaaten wenigstens für Preußen  
 dauernd unschädlich zu machen.

Zur Förderung dieses Plans hat man die Lüge er-  
 funden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion  
 nicht bereit sei, die Erbschaftsteuer zu bewilligen.

So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Die Abstimmung vom 21. Mai ergab zugunsten des fort-  
 schrittlichen Erbschaftsteuerantrages allerdings eine Mehr-  
 heit von 185 gegen 164 Stimmen. Dabei gehörten aber zu  
 der Mehrheit die 110 Sozialdemokraten. Nun wird auch der  
 begeistertste Anhänger der Reichserbschaftsteuer doch nicht  
 annehmen wollen, daß das Gesetz durch die Sozialdemokratie  
 gemacht werden kann. Selbstverständlich würde diese sich  
 nicht mit dem Entwurfe von 1909 begnügen, sondern das Ge-  
 setz mit einer großen Anzahl von Bestimmungen bespa-  
 den, die sowohl für die bürgerlichen Parteien, wie für die ver-  
 bundeten Regierungen vollkommen unannehmbar sein wür-  
 den. Die Hauptsache aber ist, daß die Sozialdemokraten die  
 Erbschaftsteuer lediglich zur Aufhebung der andern Steuern  
 verwendet wissen wollen. Zur Deckung der Kosten einer  
 Wehrevorlage würden sie auch von der Erbschaftsteuer nicht  
 einen Pfennig bewilligen. Die verbundenen Regierungen  
 können die in Aussicht stehende Besitzsteuer auf alle Fälle nur  
 mit den bürgerlichen Parteien unter Ausschluß der Sozial-  
 demokratie machen, mag diese Besitzsteuer zur Erfüllung der  
 nach dem Antrage Wasseremann-Erzberger eingegangenen ge-  
 setzlichen Verpflichtungen, oder mag sie, was davon sehr  
 wesentlich zu unterscheiden ist, zur Deckung neuer Heeres-  
 kosten bestimmt sein.

Demgegenüber ist an die Erklärung zu erinnern, die  
 Genosse Wurm am 1. Mai 1912 in der Kommission zur  
 Deckung der Kosten der Wehrevorlagen abgegeben hat.  
 Sie lautet:

Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus,  
 so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage, deren An-  
 nahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und  
 keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen  
 Situation, erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch  
 eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine  
 solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer, zu stimmen.  
 Zu dieser Erklärung bin ich durch meine Fraktion ermächtigt.  
 Am 21. Mai hat dann die sozialdemokratische Fraktion  
 im Plenum des Reichstags für folgenden Gesetzentwurf  
 gestimmt, der dann auch mit 184 gegen 169 Stimmen an-  
 genommen wurde:

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend  
 Aenderung des Erbschaftsteuergesetzes, wie er dem Reichstag  
 bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden

ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. April  
 1913 in Kraft treten kann.

Es ist in der Geschichte des Parlamentarismus bisher  
 noch nicht dagewesen, daß eine Partei von der Regierung  
 die Einbringung eines Gesetzentwurfes verlangt und ihn  
 sodann, wenn er wirklich eingebracht wird, ablehnt. Die  
 sozialdemokratische Fraktion wird daher auch, wenn die  
 Regierung den Forderungen des Beschlusses vom 20. Mai  
 1912 nachkommt, für die von ihr selbst geforderte Vorlage  
 stimmen. Sie behält aber natürlich freie Hand, wenn die  
 Regierung diesen Forderungen nicht nachkommt, entweder  
 bezüglich des Termins oder des sachlichen Inhalts der  
 Vorlage. Dazu ist nur noch zu bemerken, daß es für die  
 sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich kein Grund  
 wäre, den Entwurf abzulehnen, wenn er verbessert  
 und seine Erträge erhöht würden.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Militarismus und  
 seine neuen Forderungen. Es gibt aber kein besseres Mit-  
 tel, diesen Kampf erfolgreich zu gestalten, als die Geran-  
 zung der besitzenden Klassen zur Tragung der Militä-  
 lasten. Heute haben reiche Leute die Freiheit, die Armen  
 als Vaterlandslos zu beschimpfen, weil sie von den Lasten,  
 die ihnen die Politik der herrschenden Klassen auferlegt,  
 nicht erdrückt werden wollen. Text und Melodie werden  
 sich aber sofort ändern, wenn die Reichen verpflichtet wer-  
 den, ihre patriotische Begeisterung aus den eigenen Ta-  
 schen zu bezahlen.

Für die Sozialdemokratie besteht daher kein Grund,  
 von der Haltung, die ihre Vertreter am 1. und 21. Mai  
 1912 im Reichstag eingenommen haben, abzuweichen. Und  
 wenn die „Köln. Volkszeitung“ höhnisch bemerkt, die bür-  
 gerlichen Parteien würden um den „Gefährten“, den ihnen  
 die Sozialdemokratie aufgerichtet habe, schon herumkom-  
 men, so ist zu entgegnen, daß die Sozialdemokratie nicht  
 die Absicht hat, den bürgerlichen Parteien dieses herum-  
 kommen leicht zu machen. Sie wird vielmehr ihren Kampf  
 so führen, daß es leicht sein wird, zu erkennen, auf welcher  
 Seite die eigenlütigen Landböcke sitzen und von wo der  
 Teller zu erwarten ist, der das Land von diesen Blutsaugern  
 befreit.

### Englische Ministerworte.

Das englische Unterhaus hat am vorigen Freitag in  
 dritter Lesung einstimmig dem Regierungsentwurf zuge-  
 stimmt, der das Osborneurteil aufhebt, jenen bekannten  
 Spruch des Höchstgerichts, der den Gewerkschaften verbot,  
 Geld für politische Zwecke, insbesondere für ihre Vertre-  
 tung im Parlament, aufzuwenden. In der Debatte kenn-  
 zeichnete der englische Generalstaatsanwalt Sir Rufus  
 Isaacs den Gedankenengang, aus dem das neue Gesetz her-  
 vorgeht, mit folgenden Worten:

Noch ein Wort über das allgemeine Prinzip, das durch  
 dieses Gesetz aufgestellt wird. Wir stehen auf dem Stand-  
 punkt, daß der organisierte Arbeiter der beste Arbeiter ist.  
 Ich glaube, daß niemand, der die Lage der Arbeiter in diesem  
 Lande kennt, mir widersprechen wird, wenn ich behaupte,  
 daß die besten Arbeitskräfte die Gewerkschaftsmitglieder sind.  
 Ich gehe weiter und behaupte, daß je mehr Sie die Organi-  
 sationen stärken, zu denen unsere tüchtigsten Arbeiter ge-  
 hören, um so besser Sie für die Industrie und die Sicherheit  
 des ganzen Staates sorgen, um so unwahrscheinlicher die  
 Lohnkämpfe und um so blühender der allgemeine Wohlstand  
 des Landes wird, wenn auch einmal ein einzelner Arbeitgeber  
 darunter leiden mag. Aus diesem Grunde bin ich überzeugt,  
 daß wir im Begriffe stehen, ein Gesetz anzunehmen — in  
 diesem Hause ist seine Annahme ja sicher — das für das  
 Glück und den Wohlstand des Landes Nutzen bringen wird,  
 und deshalb empfehle ich Ihnen diese Vorlage zur An-  
 nahme.

Am Abend zuvor hatte der englische Finanzminister  
 Lloyd George auf einem großen ihm zu Ehren gegebenen  
 Bankett des National Liberal Club (übersehe nicht: nation-  
 alliberal, sondern Britischer Liberaler Club) seinen Feld-  
 zug zugunsten einer Landreform mit folgenden Worten  
 eingeleitet:

Unsere Erhebungen sind geprüft und bearbeitet worden.  
 Sie werden bald veröffentlicht werden und, ganz überlegt  
 und ganz ruhig gesprochen, ich wage zu behaupten, daß ihre  
 Ergebnisse erschreckend sind. Wenn diese Erhebungen ver-  
 öffentlicht werden, werden sie schlußfah beweisen, daß es in  
 England Hunderte und Tausende, wenn nicht Millionen von  
 Männern, Frauen und Kindern gibt, die von der Landarbeit  
 leben, die das Land bebauen, hart arbeitende Männer und  
 Frauen, die unter Bedingungen leben in Bezug auf Löhne  
 und Wohnungen wie in Bezug auf Arbeitszeit, die unter  
 großen, großen Reich veranlassen sollten, sein Haupt voll  
 Scham zu verhüllen. Unser Land, das reichste Land unter  
 der Sonne, sorgt nicht für anständige Wohnungen für die  
 Arbeiter, ohne deren Arbeit es nicht leben könnte. Es be-  
 zahlt diese Arbeiter nicht einmal so anständig, daß sie sich,  
 ihre Frauen und ihre Kinder anders als im Zustande dauer-  
 den Hungers und dauernder Entbehrungen zu leben  
 schlagen können. Das Land muß für doppelt soviel, wenn  
 nicht für noch mehr Arbeiter Raum bieten und arbeiten, die  
 viel höher bezahlt, viel besser ernährt, viel anständiger be-  
 hauptet und überhaupt viel angemessener behandelt sind als heute.  
 Das ist die christliche Salustiola, die aus unseren Er-  
 hebungen über die Lage der Landarbeiter.

Zwischen brachte man in Preußen ein Wohnungs-  
 gesetz ein, das vom Sekretär eines Hausbesitzerverbandes  
 nicht anders hätte gemacht sein können, inwieweit schimpf-  
 lichen Regierung und bürgerliche Parteien, vom Fortschritt

bis zu den Konservativen, um die Wette über den Arbeiterterrorismus und inzwischen dachte man nur an neue Diebesgaben für die Landbarone, ohne auch nur mit einem Gedanken sich um die Arbeiter oder gar um die Landarbeiter zu kümmern. Deutschland ist eben in der politischen Kultur um Jahrzehnte, wenn nicht um Jahrhunderte hinter England zurück.

### Die französische Wahlreform und der Senat.

Die wesentlichste Bestimmung des im vergangenen Sommer von der französischen Kammer angenommenen Gesetzes zur Reform des Wahlsystems besteht darin, daß die von den einzelnen Listen zu beanspruchenden Mandate auf Grund eines Wahlquotienten berechnet werden sollen, den man dadurch gewinnt, daß man die Zahl der in einem Wahlbezirk abgegebenen Stimmen durch die Zahl der ihm zustehenden Sitze dividiert. Jede Liste soll soviel Mandate erhalten, als sie auf sie gefallenen Stimmen den Wahlquotienten enthalten. Für die Verwendung der übrig bleibenden Reste hat die Kammer eine Reihe von Anträgen angenommen, die in erster Linie von den Radikalen, die der Verhältniswahl feindlich gesinnt sind, gestellt wurden. Der wichtigste davon erlaubt den verschiedenen Listen, vor der Wahl zu erklären, daß sie ihre Reste für den Fall, daß sich solche ergeben sollten, zusammenlegen werden, um auf diese Weise noch Mandate zu erobern. Die Kommission, die der Senat zur Beratung des ihm überwiesenen Entwurfs wählte, und deren Präsident einer der bedeutendsten Verteidiger des gegenwärtigen Mehrheitswahlsystems, Georges Clémenceau wurde, zeigte sich von vornherein den Beschlüssen der Kammer feindlich. Sie lehnte einen Paragraphen nach dem andern ab und ersetzte sie durch neue; sodas sie schließlich einen ganz anderen Entwurf fertigstellte, der ungefähr das Gegenteil dessen enthielt, was die Kammer beschlossen hatte. Die radikale Presse jubelte. Der Senat wurde zum „Retter des Geistes der Republik“ ausgerufen.

Kurz darauf, nachdem die Senatskommission, unter dem Einfluß von Clémenceau und Combes, den Gegnern der Verhältniswahl diesen Scheintriumph verschafft hatte, wählte die Nationalversammlung in Versailles Raymond Poincaré, der seit langen Jahren für die Verhältniswahl gekämpft hatte, zum Präsidenten der Republik. Infolgedessen erschien es ganz selbstverständlich, daß das neue Ministerium Briand sich ebenso ehrlich für den Proporz einsetzen würde, wie es das Ministerium Poincaré getan hatte. Umso erstaunter war man, als Briand in der Regierungserklärung und in seiner ergänzenden Rede es sorgfältig vermied, das Wort „Quotient“ auszusprechen, und auf diese Weise sowohl die Freunde wie die Gegner der Verhältniswahl im Zweifel darüber ließ, welche Stellung er einzunehmen entschlossen war. Die Radikalen deuteten dieses Ausweichen sofort als Beweis dafür, daß der neue Ministerpräsident gesonnen sei, den Quotienten aufzuheben, „im Interesse der republikanischen Verfassung“. Briand hat jedoch am Montag in der Senatskommission nachgeholt, was er in der Kammer einige Tage vorher unterlassen hatte. Zuerst versuchte er allerdings wieder, sich um eine ungewisse Erklärung heranzuarbeiten. Der Präsident der Kommission Clémenceau stellte ihm jedoch so präzise Fragen, daß Briand schließlich nicht mehr anders konnte, wenn er den Kammerentwurf nicht preisgeben und damit ein von ihm gegebenes Wort brechen wollte, als sich für den Wahlquotienten auszusprechen. Die Antwort der aus Feinden der Verhältniswahl bestehenden Kommission bestand in der Entscheidung, die von ihr gefaßten Beschlüsse voll und ganz aufrecht zu erhalten und sie dem Plenum des Senats vorzulegen.

Die alten Herren wollen es also auf den Kampf ankommen lassen. Wenn sich das Plenum auf den Standpunkt der Kommission stellen sollte, dann wäre der von den bürgerlichen Parteien seit langem befürchtete Konflikt zwischen der Kammer, die auf Grund eines allgemeinen gleichen Wahlrechtes zustande kommt, und dem Senat, der

auf Grund eines beschränkten Wahlrechtes ernannt wird. Es ist keine Frage, daß Briand seine Ueberredungskunst eifrig spielen lassen wird, um im Senat eine Entscheidung herbeizuführen, die diesen Konflikt verhindert. Würde sich im Senat trotzdem eine endgültige Mehrheit gegen die Verhältniswahl finden und die alte Proporz-Majorität in der Kammer bliebe standhaft, so käme nicht nur das Ministerium, sondern auch der Präsident der Republik in eine üble Lage. Eine Auflösung der Kammer ist möglich, eine Auflösung des Senats nicht, sodas schließlich das beschränkte Wahlrecht bevorzugter erscheint, als das allgemeine gleiche. Jeder Ministerpräsident und jeder Präsident der Republik muß heute dafür zurückschrecken, dem Volk die republikanische Konstitution auf diese Weise „vorzubehalten“. Vielleicht, daß sich eine innere Krise vorbereitet, wie sie die dritte Republik noch nicht kannte.

### Deutsche Politik.

Der Seniorenkongress des Reichstags bestimmte am Donnerstag, daß der nächste Schwerinstag am Mittwoch, den 12. Februar abgehalten wird. Auf die Tagesordnung dieses Schwerinstages wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zu den Einzellandtagen gesetzt. Man glaubt, am Freitag die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern zu Ende zu bringen; dann soll die Beratung des Justizetats folgen. Aber der Schwerinstag wird bestimmt am kommenden Mittwoch abgehalten, wie auch im Seniorenkongress von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, daß Schwerinstage bis Ostern regelmäßig in jeder Woche stattfinden sollen.

Die Abstimmungen, besonders die namentliche Abstimmung über die zurückgestellten Resolutionen, welche die Erleichterung der Fleischlieferung bezwecken, finden bestimmt am nächsten Dienstag statt.

Wändler-Parade. Die notleidenden Agrarier, die in den letzten Jahren im Sportpalast in Berlin tagten, sind wieder nach dem Zirkus zurückgekehrt. Am Montag, den 17. Februar wird die diesjährige Wändler-Komödie im Zirkus Busch in Szene gehen. Von den notleidenden Agrariern werden sich produzieren: Dr. Koeslde, Dietrich Gahn, Dr. Dertel, Freiherr v. Wangenheim und — von Oldenburg-Zanufschau. An derben Späßen wird es also nicht fehlen und derb müssen sie schon sein, weil sie sonst von den nach Herrn Rimann geistig säuberlichen Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verstanden werden.

Der Weigen der Kriegsheker blüht. Das Kriegshegen ist ein lohnendes Geschäft! Die wittendsten Chauvinisten, die jeden Tag andre Nationen in Grund und Boden verschlingen, das eigene Volk nationalitätlich zu fanatisieren versuchen, liefern den „Heinern“ mit Vergnügen Nordwerkzeuge und Schießbedarf. Und die Geschäftspatrioten können mit dem Erfolg ihres hekerischen Eifers zufrieden sein.

Fleißig kaufte das Ausland zu erhöhten Preisen Waffen und Munition. Im Jahre 1912 wurden aus Deutschland 18 719 Ds. Feuerwaffen ausgeführt, genau doppelt so viel als im Jahre vorher. Da zeigt sich doch der Miße Preis. Glänzender noch war das Pulvergeschäft. Die Ausfuhr an Sprengstoffen, Schießbedarf und Zündwaren für 1911 in der Statistik mit 143 715 Ds. im Werte von 3,8 Millionen Mark verzeichnet, ergab im letzten Jahre 212 659 Ds. im Werte von 64,5 Millionen Mk. Der Menge nach stieg die Ausfuhr um fast 50 Prozent, dem Werte nach aber um 70 Prozent. — Es ist eine Lust, den Feind gegen das heiß geliebte Vaterland anzurufen! Das bringt doch wenigstens was ein! Wie noch bemerkt werden mag, ist die Einfuhr — auch wir kaufen und erhalten von den „Gegnern“ Mord- und Zerstörungswerkzeuge — zurückgegangen! Bei den Feuerwaffen von 2 128 Ds. auf 2 111 Ds. und bei den Pulverwaren von 7 040 Ds. auf 6 854 Ds.

Selbstverständlich sind die Geschäftspatrioten neutral, sie liefern an jeden Staat die besten Waffen, die allerbeste Munition. Das heimtückische K u f l a n d gehört genau so gut zu Kunden unserer Mordmittelindustrie wie das „per-

fide“ Albion. Die Hauptabnehmer sind natürlich die Zeit die an dem Balkankrieg stark interessierten Staaten die Türkei, Rumänien, Bulgarien, Griechenland; Desterreich-Ungarn hatte große Bedürfnisse. Und Mahnruf: Völker Europas, schüßt eure heiligsten Interessen nicht, Japan und China mit den neuen Errungenschaften der modernen Nordwerkzeugtechnik versehen. Der Nationalismus ist den Geschäftspatrioten ein gutes Mittel, die Geldschränke zu öffnen — um zu füllen. Leider traut ein großer Teil der Völker immer noch dem Schwindel der infamen Kriegsheker!

Bei den ostbayerischen Landtagswahlen wurden die Genossen Böhme, Dikreiter, Meßschke und Wunderlich gewählt. Unsere Stimmzahl hat sich den vier städtischen Wahlkreisen um 800 vermehrt, während die Stimmen der Reichsverbandskandidaten um 750 rückgingen.

### Ausland.

Holland. Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Änderung der Verfassung, zugehen lassen. Der Entwurf befreit das allgemeine Wahlrecht und fügt das Wahlrecht der Väter oder Familienväter ein.

Oesterreich. Ein schöner Erfolg. Auch im zweiten Wahlgang bei der Gemeindevahl zu Wiener-Neustadt die Sozialdemokraten Erfolge erzielt, die jede Erwartung übertrafen. Von 874 abgegebenen Stimmen erhielten sie 210 und damit 24 Mandate; auf die Deutschnationalen entfielen fünf, auf die Christlichsozialen zwei Mandate. Das Wahlrecht im zweiten Wahlgang ist für die Personaleinkommensteuerzahler an einen Jenius von mehr als fünfzig Kronen geknüpft, was einem Einkommen von mehr als 3000 Kronen entspricht. Es ist also zweifellos, daß die Arbeiter von diesem Wahlrecht so gut wie ausgeschlossen sind. Wenn trotzdem unsere Genossen so prächtig vorankommen, so zeigt das, daß auch in den Schichten der Beamten und Privatbeamten unsere Ideen ihre Werbetrommel schlagen.

### Badische Politik.

Eine starke Unzufriedenheit herrscht in gewissen Kreisen des Zentrums über die Haltung der Zentrumskommision des Landtags. Dieser Stimmung gab der „Pfälzer Bote“ in zwei Artikeln scharfen Ausdruck. Mit aller Deutlichkeit wird der Wiedertritt Waders in den Landtag gefordert.

„Ein hohes Maß von Erbitterung über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse ist im Lande aufgespeichert. In der Zustimmung wird jeder entscheidenden Politik gütlich weichen. Viel von denen, welche verdrissen weggegangen sind, und die Jugend, welche teilnahmslos beiseite steht, aber dem Nationalismus ihre Ohr leih, werden unsere Reihen wieder hüten und verneuen, wenn ein entschiedenes Kampfprogramm das System des kalten Friedens abbaut. Haben wir uns etwas durch unsere Wählung erbaut? Hat die Regierung bessere Erfahrungen gemacht als Wader? Das Zentrum und die Katholiken werden lebhaft erhalten, was sie sich in den Kämpfen. Die Zentrumswählerschaft aber wartet nur auf den Appell; sie wird in erster Stunde wie ein Mann hinter ihrer Vertretung stehen und die Abgeordneten werden dann erst erkennen, welche Schätze der Hochachtung und Verehrung der Treue und des Opfergeistes bei unserm katholischen Volk ruhen.“

Man braucht diese Sprüche nicht besonders ernst zu nehmen; immerhin zeigen sie, daß auch im Zentrum Gegensätze vorhanden sind. Interessant ist das Geständnis, daß die Agitation des Zentrums nicht richtig in die Lage und der Zustrom von Wählern ins Zentrum geraten sei. Bisher las man in der Zentrumspresse immer das Gegenteil.

### Endlich

ist der Entwurf bezüglich der Dienstanzweisung über die Pflichten und Rechte der Schulärzte vom Unterrichtsministerium fertiggestellt worden. Er soll jetzt dem Stadtm-

### Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

21

(Fortsetzung.)

8. Kapitel.

Der erste Tag.

Die Geschäftseröffnung des neuen Unternehmens vollzog sich ohne Sang und Klang. Am bestimmten Tage fanden sich die Arbeiterinnen morgens um 9 Uhr vor dem Hause ein, das auf einer an der Ladenbühre angebrachten Metallplatte die einfache Inschrift „Stephener Schneiderinnen-Kooperativ-Genossenschaft“ trug.

Im Arbeitsraum setzte sich Angela neben Nelly Sorrenien, die mit der Aufsicht über den Raum betraut war. Rebekka nahm in dem Laden Platz, um, noch ganz unter dem Eindruck von Fräulein Messengers großer Bestellung stehend, auf Kunden zu warten. Es stellte sich jedoch niemand ein, mit einziger Ausnahme der Frau Bernalad und Lady Dobenan, die es sich nicht nehmen lassen wollten, Fräulein Kennedy ihre Glückwünsche darzubringen und sich näher nach den Einzelheiten des Auftrages von Fräulein Messenger zu erkundigen.

Schon nach zweistündiger ununterbrochener Arbeit stellten sich besonders bei den jüngeren Personen Spuren von Ermüdung ein, und Angela schlug daher eine Ruhepause vor. Die Näherinnen vernahmten es nicht ohne Ueberraschung und Argwohn, da sie in der Einladung eine Falle witterten.

Angela führte sie hinaus auf einen Platz hinter dem Hause, der früher ein Garten gewesen, jetzt aber asphaltiert und zu einem Tennissplatz hergerichtet war. Hier sollten sie während der nächsten halben Stunde spielen. Es war ein schöner Morgen zu Anfang September und mit einer warmen Sonne, einem wolkenlosen Himmel und einer kühlen Brise, geradezu ein ideales Tennismetter. Die Mädchen sahen sich das herumliegende Spielgerä-

einigermaßen verblüfft an und verrieten keinerlei Neigung für das Spiel. Dann zeigte ihnen Angela das Glasshaus mit seinen Apparaten für Turnübungen, hatte aber auch damit keinen besseren Erfolg, als daß einige Mädchen zu fischen begannen.

Es waren, von Rebekka abgesehen, die im Laden zurückblieben, insgesamt sieben junge Mädchen, von frischem Aussehen, das Nacharbeit bei Gaslicht und schlechte Luft noch nicht zu ruinieren vermocht hatte. Ihren Gesichtern war nicht anzusehen, daß ihnen ihre Beschäftigung Vergnügen bereite, und eine große Niedergeschlagenheit machte sich bemerkbar, die auf die Befürchtung zurückzuführen war, daß ihnen die freie Arbeitsstunde von ihrem Arbeitslohn abgezogen werden würde.

Dann hielt Angela eine Ansprache an sie und führte aus, daß reichliche Bewegung im Freien das beste Mittel sei, um sich gesund zu erhalten und ihre Wangen rot zu färben. Es könne mehr Arbeit und bessere Arbeit geleistet werden, wenn die Finger sich nicht überanstrengten, und das erkläre, weshalb sie den Tennissplatz und das Glasshaus als Spielplätze habe für sie herrichten lassen. Dann wählte sie Nelly und zwei andere intelligent aussehende Mädchen und gab ihnen ihren ersten Unterricht im Tennispiel.

Am nächsten Tage unterwies sie die anderen, und schon nach wenigen Tagen huldigten die Mädchen dem Spiel mit wahrer Leidenschaft.

Erst beim Eintritt des kalten Wetters, als sie nicht mehr im Freien spielen konnten, kam das Glasshaus zu seinem Recht.

Um halb 12 Uhr nahmen alle wieder die Arbeit auf. Um ein Uhr erwartete sie eine neue Ueberraschung, als Fräulein Kennedy ihnen mitteilte, daß es zu ihrem Reformprogramm gehöre, ihren Angestellten täglich Mittagessen zu liefern, ohne es ihnen vom Lohne abzuziehen. Die Ankündigung raubte den Mädchen, deren Mittag meist aus einem Butterbrot oder einer Semmel bestand, fast den Atem, und sie fragten sich insgeheim, ob sie recht gehört hätten.

Ja, es stimmte. In einem Zimmer des oberen Stockwerkes war auf einem mit einem frischen weissen Tuch bedeckten Tische ein Mittagmahl aufgetragen. Für jedes der Mädchen gab es eine große Portion Rindfleisch mit reichlich Kartoffeln, einem Glas des berühmten Messengers Familienbieres und Brot nach Belieben. Angela hätte gern noch eine süße Speise als Nachtschling hinzugefügt, doch rebete Rebekka ihr nicht ohne Mühe diese Absicht aus. Eine süße Nachspeise nicht nur einen großen Teil des Gewinnes verschlingen, sondern auch die Mädchen übermäßig machen würde. Auch so genügte der Anblick und Geruch des guten Essens, um bei einem der Mädchen einen heftigen Tränenausbruch hervorzurufen. Warum es weinte, und wie Angela ihm in seine Wohnung folgte, wie es dort ausah und deshalb Mutter und Schwester jetzt nicht hören, für Angela zu beten, gehört zu einem Kapitel von der Armut und dem Glend im Londoner Ostend, auf das an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll.

Es waren fürwahr erstaunliche Arbeitsverhältnisse, und wohl nie zuvor hat es eine solche Schneiderinnen-Kooperativ-Genossenschaft gegeben!

Nach dem Mittagessen sprangen und tollten sie, wenn auch noch etwas feig und unbeholfen, herum, bis die Uhr zwei schlug und sie wiederum die Arbeit aufnahmen. Dann ergriff Fräulein Kennedy abermals das Wort, um ihnen mitzuteilen, daß sie an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt seien und daher alle ihr Bestes tun müßten, um ihm zum Erfolg zu verhelfen. Sie verstanden nicht ganz, was diese Ankündigung zu bedeuten hatte und zeigten sich selbst dann noch begrifflos, als Angela ihnen anfügte, daß ihnen das Anfangskapital nebst der Hauseinrichtung gestiftet worden sei und sie während des ersten Jahres für keine Miete aufzukommen hätten. Die leidige Mißtraue hatte noch keiner von ihnen bisher das geringste Kopferbrechen bereitet, aber langsam dämmerte es in ihren Köpfen, daß sie es mit einem Arbeitgeber höchst seltener Art zu tun hatten, und eine eigenartige Aufregung bemächtigte sich ihrer.

Etwas später stellte sich ein Besucher ein, der kein an-

finden natürlich... Ministerium sie brauchte, um den Entwurf fertig zu stellen.

Der „Bad. Beobachter“

Während, weil er mit seiner nun seit Wochen betriebenen... Ministerium sie brauchte, um den Entwurf fertig zu stellen.

Am meisten ärgert es den „Bad. Beobachter“, daß die... Ministerium sie brauchte, um den Entwurf fertig zu stellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Februar.

Eine Debatte über Sozialpolitik und Sozialdemokratie.

Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 1,18 Uhr... Ministerium sie brauchte, um den Entwurf fertig zu stellen.

Abg. Jäger (Ztr.): Alles, was den Beamten oder Arbeitern...

Abg. Götting (nackl.): Das preussische Wohnungsgesetz...

Abg. Graf v. Westarp (konf.): Soweit es sich um Wohnungs...

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Erklärung, die ich be...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abg. Sörensen (Ztr.): Ich habe, so erzählte er, von Fräulein...

Abwesenden richtet, hat nach meinem Empfinden eine sachliche...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Bravo! rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß von der...

Aus der Partei.

Vom badischen Parteihaushalt.

Im Monat Januar gingen beim Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

- A. Für Beiträge und Mitgliedsbücher: 1. Wahlkreis 210,58, 2. Wahlkreis 210,14, 3. Wahlkreis 177,98, 4. Wahlkreis 166,91, 6. Wahlkreis 133,09, 7. Wahlkreis 188,—, 8. Wahlkreis 141,12, 9. Wahlkreis 1142,45, 10. Wahlkreis 870,90, 11. Wahlkreis 2639,97, 14. Wahlkreis 49,28 Mark.

- B. Für Volkskalender, Protokolle und Handbücher: Sekretariat Oberbaden 600,—, Sekretariat Mittelbaden 250,—, 7. Wahlkreis 100,—, 14. Wahlkreis 22,—, Fr. Stodinger Pforzheim 16,50 Mark. Mannheim, 7. Februar 1913.

Für den Landesvorstand: Karl Gahn.

Diejenigen Wahlkreise, die noch nicht abgerechnet haben, werden dringend erucht, das Versäumte sofort nachzuholen. Ebenso sind die noch ausstehenden Volkskalender, Handbücher, Protokolle, sowie Städte- und Gemeindeordnungen bezw. die dafür vereinnahmten Gelder so rasch als möglich abzuliefern.

Owenau, 7. Febr. Sozialdem. Verein. Am Sonntag, 9. Februar, findet im Gasthaus zum „Lore“ (oberes Lokal) Mitgliederversammlung statt. Genosse Leppert aus Ettlingen wird einen Vortrag halten über „Die soziale Lage der Arbeiter in Baden“. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch Parteigenossen, welche nicht Mitglieder sind, sowie Volkskalendarer sind freundlichst eingeladen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Solingen). Veranlaßt durch fortgesetzte Lohnrückgänge und Schmälerung der Kollegen, sowie Brückierung der Organisation, sind die Aluminiumformer der Firma Rudolf Kautenbach in Solingen in Streit eingetreten. Wir teilen dieses hierdurch mit und erlauben, Zugang von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen fernzubehalten. Nebenbei bemerkt, hat die Firma sich bereits mit der berechtigten Forderung in Verbindung gesetzt.

Die Ortsverwaltung. Carl Rapp.

Es tagt auch bei den Buchhandlungsgehilfen. Gemäß ihrem Ziele, die allseitige Hebung der sozialen Lage der deutschen Buchhandlungsgehilfen und der verwandter Berufe zu erstreben, stellt sich die Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen in Solingen in Streit eingetreten. Wir teilen dieses hierdurch mit und erlauben, Zugang von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen fernzubehalten. Nebenbei bemerkt, hat die Firma sich bereits mit der berechtigten Forderung in Verbindung gesetzt.

Die Ortsverwaltung. Carl Rapp.

Regelung der Arbeitszeit: Festlegung eines achtstündigen Maximal-Arbeitstages; Einführung des 7 Uhr-Badenschlusses und völlige Sonntagsruhe; Festlegung einer Höchstzahl von Überstunden; Festsetzung eines Sommerurlaubs unter Fortzahlung des Gehalts; Gesetzliche und bis zu ihrer Einführung tarifliche Feststellung eines Mindestgehaltes, unter Einführung lokaler Zuschläge je nach Größe des Ortes; Verbot der Konkurrenzklause; Festlegung einer Minimalabfindungssfrist von sechs Wochen zum Quartalserscheinen; Sicherung des Koalitionsrechtes, Beseitigung der „freien Station“ und bis dahin Feststellung des Wertes der nicht in bar geleisteten Vergütung; Fortzahlung des Gehaltes während Krankheiten und militärischen Leistungen bis zu 8 Wochen ohne Anrechnung von Zuschüssen aus Krankenkassen und Versicherung; Ausbau des Versicherungsrechts gemäß dem Programm der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“; Bekämpfung der Lohnknechterei durch Feststellung eines Zahlenverhältnisses von Lehrlingen (Kolondären) und Gehilfen; Ernennung von Handelsinspektoren mit weitgehender Befugnis; Errichtung öffentlicher Zwangsarbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage; Schiedsgerichte, vor denen auch Tarifverträge abgeschlossen werden; Bis zur Einführung der geforderten gesetzlichen Bestimmungen, deren tarifliche Festlegung durch die Organisationen der Angestellten und Prinzipale.

Die Allgemeine Vereinigung stellt für ihre Mitglieder einen Normalanstellungsvertrag auf, dessen Einführung mit allen Kräften zu fördern ihre Mitglieder gehalten sind. Soweit sie in diesem sich noch nicht erreichen läßt, verlangt die Allgemeine Vereinigung von ihren Mitgliedern bei Abschluß eines Engagements, daß sie dem Prinzipal den Anstellungsvertrag vorschlagen und sich nicht unter seinen Kontrahitionsbedingungen für eine Stellung anbieten.

Die Halberstädter Wurstfabrik von Christian Förster will keinen Frieden. Nachdem der Boykott gegen diese Firma seit Wochen recht wirksam geführt wird, glaubte die Organisationsleitung im Interesse des Friedens am 23. Januar nochmals Verhandlungen der Firma anbieten zu müssen. Die Firma Christian Förster aber ließ das sehr höfliche Schreiben unbeantwortet; sie will also unter allen Umständen den Kampf. Interessant ist es daher, zu wissen, ob der Boykott bisher auch gewirkt hat. Diese Frage ist unbestritten. Die Firma hat 25 Prozent ihres gesamten gewerblichen Personals wegen Arbeitsmangel entlassen müssen, trotzdem sie auch noch auf Vorrat arbeitet. Des weiteren soll sie nicht mehr in der Lage sein, ihre Verpflichtungen den Darmstädter Lieferanten gegenüber zu erfüllen. So erzählte ein Berliner Darmstädter, daß sich bei ihm in der kurzen Zeit für 30 000 M. Einkünfte (Wurstendärme) angeammelt haben, zu deren Wahrung die Firma Christian Förster durch Abschluß verpflichtet war, jetzt aber durch den Boykott sie nicht abnehmen kann.

Trotzdem lehnt aber die Firma die wiederum angebotene Verhandlung ab, antwortet nicht einmal auf ein höfliches Schreiben. Daraus geht am besten der ganze Haß der Firma gegen die organisierten Arbeiter hervor.

Für die Arbeiterschaft im Reich bedeutet dieses Verhalten die beste Aufforderung zur weiteren wirksamen Durchführung des Boykotts. Die Firma ist kampfbereit, bemüht, ihre Wurstwaren in Dosen ohne Etiketts in den Handel zu bringen, um die Herkunft der Ware unerkennbar zu machen. Die Beauftragten der Boykottkommission deckten diese Schleichtwege aber bald auf. Dosenwurstwaren ohne Etiketts sind eben boykottierte Wurstwaren von Christian Förster. Einige Großhändler betreiben die Wurstwaren in ihrer eigenen Packung; auch dahinter ist man bald gekommen. Ein kleiner Wurstfabrikant betreibt sie als seine eigenen Wurstwaren; auch hier sind Schritte unternommen, das zu verhindern.

Die Arbeiterschaft wird daher allerorts ersucht, überall, wo in Restaurants, in Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften und Kantinen Wurstwaren umgewandelt werden, nach dem Herkunft zu forschen; es wird dann auch sicher gelingen, der Fälscher-Organisation zum Siege zu verhelfen.

In Halberstadt hat nunmehr auch die Wurstfabrik von Herdland u. Becker am 24. Januar einen Tarif mit dem Fleischerverband abgeschlossen und sind jetzt in allen Fabriken, außer Christian Förster, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation geregelt. Die Firma Christian Förster will eben unbedingt den Kampf. Die Boykottkommission.

Die zentralen Verhandlungen im Schneibergwerke finden am 10. Februar und folgenden Tagen im Dresdener Künstlerhaus statt. Es sind Differenzen für 43 Orte zu schlichten. Vertikale Verhandlungen sind in diesen 43 Orten der nun stattfindenden zentralen Verhandlungen bereits bis zum Zusammenstößen des unparteiischen Kollodiums vorausgegangen. Wurde bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Einigung erzielt, so fällt jetzt das Kollodium der unparteiischen keinen Schiedsspruch. Innerhalb 14 Tagen haben dann die Parteien Nachricht zu geben, ob sie den gefällten Schiedsspruch annehmen oder ablehnen. Die zentralen Verhandlungen müssen sich also mit jedem der 43 Orte einzeln beschäftigen und die Vertragsbedingungen prüfen. Als Unparteiische fungieren: Magistratsrat v. Schulz-Verlin, Dr. Prentner-München, Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M.

Kommunalpolitik.

Die drückenden Poststeuern. Eine Umfrage, die ein parteigewählter Stadtverordneter in Halle bei einer Anzahl Städte veranlaßt hat, ergab, daß im Durchschnitt auf 685 Einwohner

ein Polizeibeamter entfiel. Ueber diesen Durchschnitt steht Altona, wo schon auf 648 Einwohner ein solcher Beamter kommt, weiter Paderborn mit 608, Duisburg mit 761, Oldersfeld mit 706, Frankfurt mit 682, Kiel mit 666, Wilmersdorf mit 650, Halle a. d. S. mit 730 Einwohnern auf einen Polizeibeamten. Unter dem Durchschnitt stand Wachen (914), Barmen (895), Bielefeld (1000), Düsseldorf (847), Götting (956), Hannover-Linden (864), Kosen (911) usw.

Die Kosten unserer lieben Polizei betragen im Durchschnitt etwa 3 M. pro Kopf der Bevölkerung. Darüber hinaus geht Altona mit 6,88 M., Halle a. S. mit 6,88 M., Düsseldorf mit 4,06 M., Hagen i. W. mit 4,12 M., Wachen 3,97 M., Duisburg 3,42 M. Darunter werden auf Slettin 1,94 M., Kosen 1,66 M., Hannover 1,66 M., Frankfurt a. M. 2,08 M.

In etwa der Hälfte aller Fälle ist die Polizei „königlich“. Die Städte dürfen in diesen Fällen nur die Kosten der Polizei, aber einen Zuschuß zu ihr bezahlen, haben im übrigen aber „mit tau seggen“, genau wie in unseren badischen Städten auch.

Kommunalverwaltung und Angestelltenversicherung. Für die im Dienste der Stadt Frankfurt a. M. beschäftigten Angestellten, die nicht von der Reichsversicherung für Angestellte befreit sind, hätten nach einer Berechnung des Magistrats jährlich 820 000 Mark Versicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. Da von diesen Angestellten der größte Teil doch bis zur Arbeitsunfähigkeit im Dienste der Stadt verbleibt, und dann regelmäßig Ruhegeld erhält, wie auch die Hinterbliebenen Pension beziehen, haben die oberen städtischen Behörden beschlossen, dem größten Teil der Angestellten die Rechte zu gewähren, die Befreiung von der Versicherung mit sich bringt. Ihnen ist zu diesem Zweck Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung in dem von Versicherungsrecht bezeichneten Mindestbetrage gegeben, und bei den auf Kündigung angestellten Beamten ist das Kündigungsrecht der Stadt vom Vorhandensein eines wichtigen Grundes abhängig gemacht worden. Die Befreiung von der Versicherung kann der Beamte durch den Regierungspräsidenten nachprüfen lassen. Für die technischen Hilfsbeamten ist eine gleiche Regelung nicht erfolgt, um ihnen die Freizügigkeit nicht zu erschweren. Sie werden deshalb an der Angestelltenversicherung teilnehmen. Hierfür wird die Stadt anfangs den vollen Betrag mit jährlich zinslos 70 000 M. aufzubringen haben. Später wird sich die Leistung der Stadt vermindern, da den Verbleibenden von der ersten Gehaltssteigerung an die gesetzliche Hälfte des Versicherungsbeitrags gezahlt werden soll.

Das Budget der Stadt Mannheim. Der Wirtschaftsprüfung der Stadtklasse auf Ende 1912 beträgt einschließlich des Guthabens der Wirtschaft an den Grundstücken der auf 1. Januar 1913 einverleibten Gemeinde Sandhofen 1 688 759 M. Der Stadtrat hat beschlossen, von diesem Ueberschuß so viel in den Voranschlag des Jahres 1913 einzustellen, als notwendig ist, um den vorjährigen Umlagefuß aufrecht zu erhalten zu können. Der Rest soll, soweit er nicht als Verbleibsfond erforderlich und dem Ausgleichsfond bereit im Vorzuge zugeführt ist, dem Umlageausgleichsfond überlassen werden, der damit eine Höhe von rund 1 Million Mark erreicht. Demgemäß wird der Umlagefuß für das Jahr 1913 wie folgt festgesetzt: 35 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Vermögensvermögens und des Betriebsvermögens und 56 Prozent der staatlichen Einkommensteuer. Mit der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß soll am Dienstag, den 11. März, begonnen werden.

20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 5. Februar.

3. Verhandlungstag.

Zur Beratung stand heute der Punkt: Beitragsleistung und Unterstühtungseinrichtung. Kassierer Römer-Hamburg behandelte zunächst die Beitragsleistung. Er betonte, man müsse mit einem schweren Kampfe im Vaugewerbe rechnen, da sei es angebracht, die inneren Einrichtungen des Verbandes vorher zu regulieren. Die regulären Einnahmen und Ausgaben müßten so festgesetzt werden, daß das Vermögen des Verbandes sich ohne Erhebung von Extrabeiträgen erhöhe, und so der Verband finanziell für alle Kämpfe gerüstet sei. Wahrend bei der Beitragsleistung sei, nicht was man wolle, sondern was man müsse. Die heutigen günstigen Finanzverhältnisse seien durch ein Notgesetz (Extrabeiträge) geschaffen worden. Notwendig sei aber, daß die Finanzen auf Grund regulärer Beiträge in gesunde Bahnen gelenkt werden. Nach den Vorschlägen des Vorstandes sollen 12 Beitragsklassen (bisher 6) eingeführt werden und der Beitrag je nach dem Stundenlohn für die Zentralkasse 40-95 Pfg. und für die Lokalasse 10-35 Pfg. betragen. Die Staffelform der Beiträge und des Stundenlohns soll von 5 zu 5 Pfg. erfolgen, und die Beitragszahlung um 4 Wochen, von 40 auf 44 Wochen verlängert werden. Durch diese Neuregelung — infolge der für die Arbeitslosenunterstützung — würden der Hauptkasse jährlich 400 000 M. mehr zugeführt werden.

Ueber die Neuregelung der Unterstühtungseinrichtungen, in der Hauptsache der Arbeitslosenunterstützung, sprach der zweite Vorsitzende des Verbandes, G. E. Hamburg. Er warf die Frage auf: Haben die Unterstühtungseinrichtungen die gegelten Erwartungen erfüllt und dienen sie heute noch dem Zweck, eine Waffe im Kampfe zu sein? und beantwortete sie dahin, daß die Arbeitslosenunterstützung wohl ihren Zweck erfüllt hat, die Gefahr aber besteht, daß sie aufhöre, die Waffe zu sein, als die sie geschaffen wurde. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung sind ganz enorm gestiegen. In der Periode 1911/12 mußten 61,98 Proz. der Gesamtausgabe für diese Unterstühtung aufgewendet, die durch die starke Inanspruchnahme zur Sparkasse und Invalidenunterstützung geworden sei. Sie bedürfe daher einer gründlichen Reform. Der Vorstand macht entsprechende Vorschläge, die im wesentlichen dahin gehen, daß die Wartezeit erhöht werden soll. Bisher konnte bereits nach einer Leistung von 40 Wochenbeiträgen Arbeitslosenunterstützung bezogen werden, nach dem Vorstandsvorschlag nur nach 60 Wochenbeiträgen. Dementsprechend ist auch bei längerer Mitgliedschaft die Wartezeit für eine erhöhte Unterstühtung verlängert. Eine sehr wesentliche Veränderung ist auch, daß der Zeitraum, in der die Unterstühtung bezogen werden kann (höchstens für 96 Tage) von 52 Wochen auf 68 Wochen erhöht werden soll. Ist ein Mitglied ausgeteilt, wird es nur wieder bezugsberechtigt, wenn seit dem ersten Unterstühtungstage der vorausgehenden Unterstühtungsperiode 68 Wochen ununterbrochener Beitragspflicht verstrichen und 44 Wochenbeiträge geleistet sind. Die Unterstühtungssätze sollen in den untersten Stufen etwas ermäßigt, bei längerer Mitgliedschaft und größerem Beitrag jedoch erhöht werden. Sie schwanken je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse zwischen 50 Pfg. und 2 M. pro Tag, gegenüber 75 Pfg. bis 1,75 M. bisher. In der Diskussion waren für eine Beitragssteigerung fast alle Redner. Geringe Unterstühtung fand dagegen der Vorstandsvorschlag auf Ausdehnung der Beitragsleistung. Doch wurde auch angeregt, daß der Ausschluß für die 4 Wochen auf die übrigen 40 Wochen ausgedehnt wird, der Ertrag also derselbe ist, wie bei 44 Wochen Beitragszahlung. Gegen die vorgeschlagene Erweiterung der Beitragsklassen von 5 auf 12 Klassen wandten sich u. a. Redner aus Frankfurt a. M., Berlin und Hamburg, also von den größten Bezirken. Für die Beitragsbefreiung der Frauen und arbeitslosen Mitglieder traten mehrere Delegierte ein. Eine Erweiterung der Unterstühtungseinrichtungen wurde

allgemein bekämpft. Mit einer Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung im Sinne der Vorstandsvorlage waren die Delegierten einverstanden, sie wandten sich aber fast alle gegen die Ausdehnung der Wartezeit von 52 auf 68 Wochen, wenn ein Mitglied ausgeteilt ist. Vorgeschlagen wurde, 54 Wochen oder 13 Monate festzusetzen.

Die Debatte wurde heute nicht mehr beendet, sie geht morgen weiter.

k. Berlin, 6. Februar.

3. Verhandlungstag.

Die Debatte über die Beitrags- und Unterstühtungsfrage füllte noch einen größeren Teil der heutigen Sitzung aus. Es kamen insgesamt 28 Delegierte zu diesem Punkt zum Wort, die alle die Notwendigkeit einer Beitragssteigerung einsehen und auch dafür eintraten. Ueber die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung gehen die Ansichten weiter auseinander. In dem Schlußwort plädierten die Delegierten nochmals recht eindringlich für die Fortdauer der Unterstühtung aus Gründen der Notwendigkeit diskutiert seien. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß nicht nur bei einzelnen Bezirken, sondern in ganzen Bezirken die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung größer als die gesamte Einnahme an Beiträgen seien.

Die Generalversammlung sprach sich dann einstimmig für die Erhöhung der Beiträge aus. Gegen eine Erhöhung um dem Stundenlohn und nicht nach dem Tagesbedienstet werden verwerflich. Mit 71 gegen 46 Stimmen bestimmte der Verband, daß auch ferner der Beitrag für den Zentralkassenbeitrag beibehalten werden soll. Gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und gegen die Errichtung eines Invalidenfonds hielten die Delegierten einmütig. Gegen eine geringe Minderheit wurde die Beitragsbefreiung für fröhliche arbeitslose Mitglieder abgelehnt. Diese Minderheiten wurden einer Zweipersonen Kommission mit auf dem Weg gegeben, die nun bestimmte Vorschläge ausarbeiten hat.

Ueber den letzten Gewerkschaftskongress berichtete dann Janzen-Düsseldorf, der die Beschlüsse dieses Kongresses ausführlich besprach. Der Verbandstag erklärte sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden, die Delegierten werden verpflichtet, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken.

In dem Punkt: Die Anstellungsbedingungen der Verbandesangestellten hielt der zweite Vorsitzende des Verbandes, G. E. Hamburg, das einleitende Referat. Er hält es für die Pflicht des Verbandes, die gesamten Beiträge für die Angestelltenversicherung zu übernehmen. Notwendig ist auch eine Regulierung der Gehälter der Angestellten. Die Gehälter seien nicht mehr zeitgemäß, eine Erhöhung darum angebracht. Beschlossen wurde — gegen 3 Stimmen — die Beiträge für die Angestelltenversicherung soll dem Verbande zu übernehmen. Ebenfalls gegen nur wenige Stimmen erklärte sich die Generalversammlung grundsätzlich für eine Neuregelung der Gehälter. Eine Kommission hat nun bestimmte Vorschläge zu machen.

Hierauf wurden die Verhandlungen vertagt.

Soziale Rundschau.

Die wirtschaftliche Lage des Krankenpflegepersonals vor dem Reichstage. Bei den Beratungen zum Reichshaushalt (Reichsamt des Innern) wurde auch wieder einmal die Lage des Krankenpflegepersonals angefaßt. Es war dies nicht das erste Mal, daß sich der Reichstag mit dieser Materie zu beschäftigen hat. Schon in den Jahren 1900 bis 1903 wurden die Wirtschaftsgesetze, die damals auf diese Anträge von dem Regierungsrat gegebene Antwort betrifft zum größten Teil das Verhalten der bezogenen Lebensstände; er ver sprach jedoch, wenn tatsächlich solche vorlägen, Abstellung. Die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die zu diesem Antrage das Wort nahmen, verurteilten die angeführten Verhältnisse als übertrieben kriegsähnlich.

Nach nunmehr rund 12 Jahren mußte bei den diesjährigen Beratungen selbst der Vertreter der Regierung Mithilfe geben. Eine ähnliche Erhebung hat ein einwandfreies Aufgabematerial gegen die Regierungsbürokratie. Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden sind danach eine Seltenheit. Es konnten fast an Hand der amtlichen Statistik Arbeitsleistungen bis zu 20 Stunden einschließlich der Nachwachen konstatiert werden. Die völlig unzureichende dienstfreie Zeit, ebenso die mangelhafte Versorgung der im Dienstverweh unfähig gewordenen Personen bilden ein weiteres Kapitel dieser Statistik. Und die ungenügende Entlohnung beruht auf dem häufigen Wechsel des Personals. Die kommen die standlosen Zustände im Wohnungswesen. Daneben erziehen die Gesundheitsverhältnisse des Personals eine besondere Berücksichtigung. In der Form der wandrerfreier Enqueten konnte konstatiert werden, daß die Arbeitskraft einer Krankenpflegerin durchschnittlich nach 8 1/2 Jahren vollständig aufgebraucht ist. Diese wichtigen Anklagen gegenüber der Reichsregierung, zuzugewand, daß tatsächlich an das Krankenpflegepersonal besonders hohe Anforderungen gestellt werden durch den Beruf mit vielen Entbehrungen und Entlohnungen verbunden sei. Eine starke Arbeitsüberlastung liegt vor und die Reichsregierung habe bereits Vorschläge gemacht, die zur Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen können. Der Regierungsvorbericht betonte jedoch im gleichen Atemzuge die Schwierigkeit einer reichsweiten Regelung.

Ist nun auch durch die Anerkennung der Regierung die Frage der Verbesserung der Lebenslage des Krankenpflegepersonals ins Rollen gekommen, so ist doch zu befürchten, daß bei der weit sehr lange währenden Beratungen der Reichsregierung nicht eine gewisse Zeit vergehen wird, ehe man sich zu eingehenden Reformen entschließt. Die Regierung zu zwingen, auf dem Weg zur Verbesserung der Verhältnisse vorwärts zu schreiben, aber Aufgabe des Personals selber. Nachdem im Reichstagsbericht die Frage aufgeworfen ist, daß es keine Mühe für die rufsberechtigten geben, bis eine vollständige Beseitigung der Mithilfe herbeigeführt worden ist. Hoffentlich erkennt die Krankenpflegepersonal insgesamt diese Notwendigkeit an und kämpft geschlossen mit den bereits in ihrer beruflichen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengegangenen Berufsgenossen um Verbesserung der eigenen Lage.

Die Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie. Wir lesen den Berichten der Handelskammer für den Kreis Mannheim, daß die Geschäft einer Zigarrenfabrik um Genehmigung von Ueberarbeit wurde mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Zigarren ein Stapelartikel seien, die auf Vorrat hergestellt werden könnten; daher seien die Fabrikanten sehr wohl in der Lage, die Produktionsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte festzusetzen und nicht mehr Aufträge zu übernehmen, die ihrer Leistungsfähigkeit im Rahmen der jetzigen Vorkräften entspricht. Nach Beratung der Angelegenheit im Lokalkommissionär richtete die Handelskammer Mannheim an den Bundesrat eine Eingabe, in welcher sie gegen die Ablehnung der genehmigenden Eingabe Stellung nahm. Das Gewerbeaufsichtsamt dem diese Eingabe übermittelt wurde, vertrat nach wie vor den Standpunkt, daß die Arbeitergehälter der Zigarrenindustrie zu gering seien, da ein hinreichender Grund für die nur in außerordentlichen Fällen nach dem freien Ermessen der Arbeitgeber

No. 33. Seite 4. No. 3. In der heutigen... (The right margin contains a vertical column of text, likely bleed-through or a continuation from the adjacent page, including a large graphic element resembling a stylized 'M' or 'W' logo.)

benötigende Ueberarbeit nicht als vorliegend angesehen werden könnte. Die Kammer wandte sich nunmehr an das Ministerium des Innern. Die Handelskammer Lahe hat in der gleichen Sache ebenfalls eine Eingabe an das Ministerium gerichtet.

Die Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten wird vorwiegend demnach Gegenstand eingehender Erörterung bei den Reichstagsverhandlungen werden. Das veranlaßt den bekannten Gewerbeschiedler Professor Dr. Th. Sommerfeld, im ersten Heft der von ihm redigierten Zeitschrift „Die Hygiene“ einen Artikel zu veröffentlichen, der sich mit dieser Frage beschäftigt. Seine Ausführungen sind dahin zu konzentrieren:

Bei der Schaffung der sozialpolitischen Gesetzgebung hat der Gesetzgeber die Entschädigungspflicht auf die Betriebsunfälle allein beschränkt, da bei diesen der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung leicht festgestellt werden kann. Es gibt aber noch eine beträchtliche Reihe immerer Erkrankungen, deren Entstehung unmittelbar auf die berufliche Tätigkeit zurückzuführen ist. Auf diese sollte die Entschädigungspflicht nach den gleichen Grundsätzen wie bei Betriebsunfällen ausgedehnt werden. Körperliche Mißgestaltungen, wie Plattfuß, Sadelbein, Bildung von Krampfadern mit nicht seltenem Ausgange in Linderleiden, die Entwicklung der sogenannten Staublungen infolge von Einatmung des bei der Arbeit sich entwickelnden Staubes, vor allem aber zahlreiche gewerbliche Vergiftungen sind unmittelbare Folgen der Berufstätigkeit. Es sollte selbstverständlich sein, daß ein Arbeiter, der Tag aus Tag ein kleinste Mengen des giftigen Weisseises bei der Ausübung seines Berufes in seinen Körper aufnimmt, dadurch zu Siechtum oder sogar zum Tode durch Blei- oder Arsenvergiftung verurteilt ist, einen ebenso gerechten Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung hat wie jener, der durch einen Unfall im Gebrauch seiner Kleidungsgegenstände verletzt ist.

In der Gesetzgebung des Auslandes werden Gewerbeschädigungen vielfach als Unfallereignisse angesehen. Nach dem Schweizerischen Bundesgesetz vom Jahre 1881 haftet der Betriebsunternehmer auch für den durch Krankheit eines Angestellten oder eines Arbeiters entstandenen Schaden, wenn die Erkrankung erwiesenermaßen durch den Betrieb der Fabrik erfolgt ist. Als solche gefährliche Industrien erklärt der Bundesratsbeschluss vom 18. Januar 1901 alle Anlagen, die die Verarbeitend der näher bezeichneten giftigen Stoffe gewerblich betreiben. Auch die ungarische Regierung hat sich für die Entschädigung gewerblicher Erkrankungen ausgesprochen und die folgenden Gesundheitsbeschädigungen für entschädigungspflichtig erklärt: Milzbrandkrankheit, Buntstaukrankheit, Aft, Vergiftungen durch Blei, Phosphor, Arsen, Benzol, Nitro- und Amido-Verbindungen, Schwefelkohlenstoff, Salpetersäure und nitroxe Gase, Quecksilber, Hautverätzungen und Hautgeschwüre.

In Deutschland werden gegen eine Ausdehnung der Entschädigungspflicht erhebliche Bedenken geltend gemacht, und zwar von den Unternehmern, die eine zu große Belastung mit darauffolgender Herabsetzung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt befürchten; weiter werden wissenschaftliche Bedenken geltend gemacht, daß die chronischen gewerblichen Vergiftungen nicht immer einwandfrei festzustellen sind. Prof. Sommerfeld legt eingehend dar, daß die von beiden Seiten aufgeworfenen Bedenken nicht gerechtfertigt sind.

Mit dem Hinweis auf die Forderung der durchaus zweckmäßigen Angelegenheit für die zu entschädigenden gewerblichen Vergiftungen bzw. Gewerbeschädigten, die die Delegiertenkonferenz der internationalen Vereinigung für gefährlichen Arbeiterberufsbereich bereits im Jahre 1904 gefordert hat, schließt Prof. Th. Sommerfeld seine Ausführungen ab.

### Jugendbewegung.

#### Weiblicher Jugendbund.

Die bürgerliche Presse bringt folgende Notiz: „Wie der Information einer offiziös benutzten Korrespondenz“ mitgeteilt wird, hat unter dem Vorste des preussischen Kultusministers im Kultusministerium in Berlin eine Konferenz über die Pflege der weiblichen Jugend stattgefunden, zu der neben den

### Kunst und Wissenschaft.

Zur „Paris“-Frage nimmt im Feuilleton der Nr. 82 des „Berliner Tageblatt“ vom 4. ds. Mts. der — bekanntlich aus Offenburger gebürtige — berühmte Berliner Rechtslehrer Professor Dr. Josef Kohler Stellung. Er geht zunächst die verschiedenen Argumente der „Paris“-Petition an den Reichstag durch, die teilweise recht schwere autoritätliche Unrichtigkeiten enthalten, und schließt seine Ausführungen dann mit der folgenden beachtenswerten Anregung: „Daran wäre nicht etwa ein Gesetz angelegt, welches das Monopol verlängert, sondern vielmehr eine Veränderung unseres Autorgebietes, wie in England, nach der Richtung hin, daß in solchen Fällen die Erben, auch während der Ausübungszeit verpflichtet würden, den Theatern und Instituten, die eine würdige Aufführung garantieren, Vizenzen zu geben. Eine solche Veränderung unseres Autorgebietes wird lohnend und muß kommen.“

Das Theater als Kino. Ein schon vor längerer Zeit angelegter Plan, der den Zweck hat, den Theatern den Konkurrenzkampf mit dem Kinos zu erleichtern, soll jetzt in Wien zur Ausführung kommen. Der Plan besteht einfach darin, daß die Theater selbst in den Nachtstunden Kinovorstellungen veranstalten. Die Direktoren der Wiener Theater haben bei der Statthalterei um die Erlaubnis nachgesucht. Sie führen in ihrem Gesuch die bekannten Gründe an, wessens auf den großen Schaden hin, der den Theatern aus der Konkurrenz der Kinos erwächst, und erklären, daß neue Einnahmen aus Lichtspielvorstellungen der Bühnenkunst zugute kämen, da die Direktoren dadurch in die Lage kämen, größere Summen auf die Ausstattung des Ensembles, die Ausstattung usw. zu verwenden. Der „Zeit“ zufolge hat das von Farno geleitete Lustspieltheater die Erlaubnis zur Veranstaltung von Kinovorstellungen bereits erhalten. — Der Versuch, der hier gemacht werden soll, kann recht lehrreich werden. Daß die Einnahmen der Theaterunternehmer gerüst dabei steigen können, ist außer Frage. Aber sicherlich besteht die Gefahr, daß die große Menge des Publikums die teuren und geistig vielleicht anstrengenden Abendvorstellungen noch mehr als jetzt vernachlässigen wird, wenn es im selben Hause den billigen und in jeder Hinsicht bequemeren Genuß des Kinos haben kann. Der Rückgang des Berliner Neuen Schauspielhauses am Nollendorfplatz begann nicht zuletzt mit der Tatsache, daß im gleichen Hause ein Lichtspiel etabliert wurde.

#### Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 8. Febr. C. 36. „Die Verlobung des Figaro“ von Genau, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. (4 M.)  
Sonntag, 9. Febr. A. 33. „Garmen“, große Oper von Bizet. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (6 M.)

In der zu Wagners 80. Todestag angelegten Gedächtnisaufführung der „Götterdämmerung“ gibt Frau Cécile Nilsche-Endorf ein einmaliges Gastspiel als Brünnhilde. Die Künstlerin hat sich auch hier schon als Meisterin des Wagnergesanges bewährt. Die Darstellung der „Brünnhilde“ in der „Götterdämmerung“ durch Frau Nilsche-Endorf wurde hier schon wiederholt als eine Leistung von eindrucksvoller Größe unumwunden anerkannt.

Vertretern und Vertreterinnen aller größeren an dieser Frage interessierten Verbände (welche? D. Red.) auch der erste Vorsitzende des Bundes Jung-Deutschland hinzugezogen wurde. Von den Regierungsdirektoren wurde der Plan der Staatsregierung betr. die Pflege der weiblichen Jugend dargelegt. Wie der Finanzminister im preussischen Landtage ausgeführt hat, sollen die staatlichen Mittel zur Förderung der Jugendpflege, die im laufenden Etat 1 1/2 Millionen betragen, für 1913 um eine weitere Million verstärkt werden. Mit besonderer Genugtuung wird es in den weitesten Kreisen begrüßt werden, daß die Jugendpflegebestrebungen nunmehr auch in verstärktem Maße der weiblichen Jugend zugute kommen sollen. Die zu der Konferenz hinzugezogenen Vertreterinnen und Vertreter der interessierten Verbände erklärten sich mit dem geplanten Vorgehen der Staatsregierung durchweg einverstanden und gaben bereit, die von ihnen vertretenen Verbände zu gesteigerter Mitarbeit anzuregen und die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Das warme Interesse, das namentlich auch von der deutschen Frauennetz dem Werke seit Jahren entgegengebracht wird, läßt erwarten, daß die Arbeit gleich bei Beginn des neuen Etatsjahres liberal umfassend in Angriff genommen werden kann. Fernerhin wurde auf der Konferenz auch die Frage der Organisation der Pflege der weiblichen Jugend beraten. In dieser Beziehung erschien der Konferenz die Angliederung an die in Preußen bereits vorhandenen Orts-, Kreis- und Bezirksausschüsse für Jugendpflege als das zweckmäßigste.

Die Konzentrierung der Arbeiterjugend mit Hilfe der bürokratischen „Jugendpflege“ soll also nun auch auf das weibliche Jugendproletariat ausgedehnt werden. Ob man mit diesem auch militärische Kriegsspiele und Manöverübungen unternehmen will, die bisher das hauptsächlichste Programm der offiziellen Jugendpflege ausmachten? Den Anstoß zu diesem Vorgehen der preussischen Regierung haben offenbar die Klagen der bürgerlichen Frauennetzlerinnen gegeben, die sich bitter darüber beschwerten, daß die weibliche Jugend gegenüber der männlichen von den offiziellen Stellen so „vernachlässigt“ werde. Den Damen war offenbar völlig entgangen, daß die ganze bürgerliche Jugendpflege keinen anderen Zweck hat, als „gute“ Staatsbürger und brauchbares Kanonensfutter für den militärischen Massenwahn heranzuzüchten. Da die jungen Mädchen aber weder Aussicht haben, als Wähler auf die Staatsmaschine einzuwirken, noch auch in die Kasernen gesteckt zu werden, beschränken sich die Stützerinnen anfänglich nur auf die männliche Jugend. Inzwischen ist den Mächtern der Jugendpflege ein Licht darüber aufgeleuchtet worden, welchen Wert für die kapitalistische Gesellschaft die systematische Beeinflussung auch des weiblichen Proletariats hat, und sie richten ihr Handeln danach ein. Für die organisierte Arbeiterschaft muß dieses Vorgehen ein Anstoß sein, der Erziehung ihres Nachwuchses doppelt und dreifach erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der beste Weg hierzu ist die Stärkung der proletarischen Jugendbewegung!

### Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.  
Sitzung vom 29. Januar.

In geheimer Sitzung kam die Anklage gegen den Tagelöhner M. R. aus Gausbach wegen Sittlichkeitsverbrechen zur Verhandlung. Der Angeklagte hatte sich im Juli 1911 und im November 1912 zu Gausbach im Sinne der §§ 178 Ziffer 3 und § 178 vergangen. Das Gericht beurteilte ihn unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Der frühere Schutzmann J. B. aus Beckstein hat, nachdem er im Jahre 1906 wegen Amtsunterschlagung seines Dienstes als Hüter der öffentlichen Ordnung entlassen worden war, mit Erfolg die Verbrechenslaufbahn betreten. Sein Vorstrafenregister behandelte dies überzeugend. R. ist ein geriebener Betrüger geworden, der mit Vorliebe das Beschmelzen betreibt. Auch bei der heutigen Anklage handelte es sich wieder um derartige Betrugsmonden. Durch die schädliche der Angeklagte während der Monate Oktober und November die Witze Reiff in Rastatt um 9.25 M., Heter in Rastatt um 1.20 M., den Hoflieferanten Hilbert in Rastatt um ein Darlehen von 6 M., den Weinhändler Schurr in Rastatt um ein Darlehen von 4 M., die Witze Müller in Schwarzbach um 2.70 M., Sattler in Bühl um 13.86 M., Hübler in Bühlertal um 9.90 M., Gahweg in Lahr um 3.20 M., Armbruster in Lahr 2.82 M., Meckner in Lahr um 3.75 M., Hank in Lahr um 1.80 M. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. — Der Tagelöhner K. S. aus Barnhart erschwindelte sich mit Hilfe von ihm auf den Namen seines Vaters gefälschte Bauschaffensurkunden am 20. Dezember d. J. von der Josephine Kesselfauf in Strinbach 150 M., von dem Redner der Kreditkasse in Steinbach, Fleischer, am 5. Januar 150 Mark und am 20. Januar 300 M. Um die angeführten Geldbeträge von der Kasse erlangen zu können, war der Angeklagte zuvor Mitglied derselben geworden und hatte die üblichen Aufnahmebeiträge bezahlt. Den größten Teil des Geldes schickte er einem gewissen Weniger in das Elsaß, der versprochen hatte, ihm eine Tätigkeit zu verschaffen, bei der er einen monatlichen Verdienst von 800 M. erziele. Der Rest der erschwindelten Summen verbrauchte S. für sich. Er war wegen Urkundenfälschung und Betrugs angeklagt, aber außerdem auch wegen erschwerter Diebstahls, weil er am 9. Dezember, abends zwischen 7 und 8 Uhr in Baden in der Villa des Fabrikanten Adler einstieg und dort, nachdem er die Türe zum Schlafzimmer gewaltsam geöffnet hatte, aus einem Büfett Silberfaden im Werte von 434 M. entwendete. Die silbernen Gegenstände versuchte er später bei einem Trödler in Karlsruhe zu verkaufen, wurde aber dabei verhaftet. Der Angeklagte erhielt 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft, und 3 Jahre Ehrverlust. — Am 30. November stahl der in Rimburg wohnhafte Zimmermann J. R. aus Kappelwinden zu Baden im Hotel Müller aus einem Zimmer eine Bettvorlage im Werte von 24 M. und einem in dem Hotel arbeitenden Monteur eine Fange im Werte von 1.60 M. Wegen Diebstahls im Rückfall wurde der Angeklagte mit 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust bestraft.

Sitzung vom 5. Februar.

Zahlreiche Vorstrafen wegen Betrugs sind schon gegen den 29 Jahre alten Mechaniker A. R. aus Dortmund ergangen. Sie haben es aber nicht vermocht, auf ihn eine bessere Wirkung auszuüben, denn, obwohl erst im vorigen Jahre das letzte Urteil gegen ihn erging, fand er heute schon wieder unter der Anklage wegen Betrugs vor Gericht. Der Angeklagte hatte am 15. Juli zu Heidelberg zwei Unteroffiziere, die er zufällig kennen lernte, die Geldbeträge von 7.60 M. und 3 M. abgeschwindelt, durch die unwahre Angabe, er sei bei dem Elektrizitätswerk in Wiesloch als Monteur angestellt und erhalte erst in den nächsten Tagen seine Bezahlung. Mit dem Gelde der Unteroffiziere reiste R. von Heidelberg ab. Am 17. Juli hielt er sich in Eßlingen auf, wo er zwei Beschmelzereien verübte und dadurch den Wert zu den „Drei Wobren“ um 1.10 M. und den Wert zum „Erbspringen“ um 5.45 M. schädigte. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 4 Monate Gefängnis. — Das Schöffengericht Baden beurteilte in seiner Sitzung vom 10. Dezember den Chauffeur und Automechaniker E. B. aus Amriswiland, wohnhaft in Singheim, wegen Betrugs zu 25 Mark Geldstrafe. Von seiten der großh. Staatsanwaltschaft wurde gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, welcher

der Gerichtshof stattgab. Der Angeklagte wurde heute mit zwei Wochen Gefängnis bestraft. — Vor dem Schöffengericht Rastatt hatte sich der häufig vorbestrafte Maurer K. B. aus Durmersheim am 12. Dezember wegen Jagdvergehens zu verantworten. Er erhielt, da er sich des gleichen Vergehens schon wiederholt schuldig gemacht, 2 Monate 2 Wochen Gefängnis. Seine gegen dieses Erkenntnis eingelegte Berufung verwarf das Gericht kostenfällig. — Schon vielfach hatten sich die badischen Gerichte mit dem Preiseur A. Sch. aus Griesbach zu beschäftigen, wie dessen Vorstrafenregister erkennen läßt. Dasselbe enthält eine Reihe von Einträgen über Verstrafungen wegen Betrugs, Diebstahls, Landstreicherei und Wettels. Die letzte Strafe wurde am 14. Januar ds. J. von der Strafkammer Konstanz gegen den Angeklagten ausgesprochen und lautete auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft. Zurzeit verhält er diese Strafe. Einige Wochen vor seiner Konstanzer Beurteilung war Sch. in Durmersheim; er tauchte dort am 18. November auf und besuchte den Sohn des Malermeisters Siemmer, den Anton Siemmer, der mit ihm bei der Fußartillerie in Straßburg gedient hatte. Während seines Aufenthalts in Durmersheim betrieb der Angeklagte in der Wolfswirtschaft eine Beschmelzerei, wodurch er den Wert von 65 Pf. schädigte, und stahl er aus der Wohnung des Siemmer, wo man ihm Nachtquartier gewährte, eine Zoppe mit Weite, einen Ueberzieher, einen Hut, Schnürschuhe, Kragen, eine Kravatte, einen Regenschirm und eine silberne Damenuhr, Gegenstände im Gesamtwerte von 80.40 M. Die gestohlenen Kleidungsstücke, soweit er sie nicht selbst trug, und die Uhr verkaufte der Angeklagte in Karlsruhe. In dem entwendeten Ueberzieher des Siemmer befanden sich dessen Militärpapiere, die sich Sch. angeeignet. Er benötigte diese Papiere, nachdem er den Namen Siemmer, in Siemmermann umgetauscht hatte, den Behörden gegenüber als seine eigenen Legitimationspapiere. Er hatte sich damit des Vergehens gegen die §§ 360 Ziff. 8 und 363 schuldig gemacht. Der Angeklagte war in der Hauptsache geständig, nur bestritt er, den ihm zur Last gelegten Betrug begangen zu haben. Er gab an, von Siemmer in verschiedenen Wirtschaften freigehalten worden zu sein und er habe angenommen, daß dieser seine Sache auch in der Volkswirtschaft bezichtigt habe. Das Gericht hielt auch den Angeklagten des Betrugs nicht für überführt und sprach ihn von diesem Punkte der Anklage frei. Im übrigen lautete das Urteil unter Einrechnung der Konstanzer Strafe auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, 4 Wochen Haft und 5 Jahre Ehrverlust. — Der Kellerer Th. R. aus Memel logierte im August vor. J. b. vorübergehend in dem Gasthaus zum „Brauereisballe“ in Baden. Am 24. August stieg er von seinem Logierzimmer aus über das Zinddach in das anliegende Dienstbotenzimmer ein und entwendete dort aus dem Schranke der Katharina Müller den Geldbetrag von 50 M. und eine Brosche im Werte von 30 M. Der vielfach vorbestrafte Angeklagte, der in der Voruntersuchung gelugnet hatte, heute aber geständig wird, erhielt unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

### Aus dem Lande.

#### Baden-Baden.

\* Neurologen-Kongress. Die 38. Wanderversammlung der süddeutschen Neurologen und Irrenärzte wird in diesem Jahre am 24. und 25. Mai im Kurhaus in Baden-Baden abgehalten werden.

\* Das Militärflottschiff „Erla 3. 1.“ ist nach Beendigung seiner Probefahrten in den Besitz des Reiches übergegangen.

#### Offenburg.

— Auf die heutige Parteiversammlung, welche neben einem interessanten Vortrag auch noch die Reichstagsnachwahl behandeln wird, machen wir die Genossen und Genossinnen mit dem Ersuchen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, nochmals unsern Dank.

\* Forstheim, 7. Febr. Von dem verschwundenen Forstwart Keller in Gellingen hat man bis jetzt immer noch keine Spur gefunden. Die beiden Verdächtigen sitzen nach wie vor in Haft, stellen aber in Abrede, dem Keller etwas angetan zu haben. Kriminalbeamte und Gendarmen suchen heute wieder mit Hunden nach dem Vermissten. — In Elmendingen hat sich heute nacht der 45 Jahre alte Straßenwärtler Becker, Vater von mehreren unmündigen Kindern, aus unbekannter Ursache erhängt.

\* Mannheim, 9. Febr. Ein grauenhaftes Verbrechen verurteilte in Ludwigshafen die erst 15jährige Tochter eines dort wohnenden Tagelöhners. Das ungeratene Mädchen wickelte in Abwesenheit der Mutter das 8 Jahre alte Brüderchen in Bettdecken und legte dann im Kleiderkasten Feuer. Sie überließ das Kind in der Stube seinem Schicksal und begab sich zu jenem Geliebten (!). Eine Nachbarin hörte die Schreie des Kindes und drang in die Stube, die vollständig in Flammen stand. Das Feuer konnte gelöscht werden. Das Mädchen wurde bei seinem Geliebten verhaftet und legte bei der Vernehmung eine ungläubliche Frechheit an den Tag. Der Grund zur Tat ist ein ebenso rachsüchtiger, wie der, der das Mädchen zu der schrecklichen Handlung trieb. Weil ihre Mutter das Verhältnis zu dem Burden nicht dulden wollte, hatte sie vor 14 Tagen ihrer Mutter Gift in das Essen geschüttet. Der Knabe verriet das seiner Mutter und beschützte so ein schweres Verbrechen. Aus Rache unternahm nun das Mädchen an dem Knaben den Mordversuch.

#### Wasserstand des Rheins.

6. Februar.  
Schutterinsel 1.60 m, gef. 2 cm, Reßl 2.70 m, gef. 11 cm  
Maxau 4.48 m, gef. 19 cm, Mannheim 4.15 m, gef. 22 cm.

#### Geschäftliches.

#### Ihr Element.

„Nun, Kinder, merkt auf und nennet geschwind Mir, welches die Elemente wohl sind!“  
So fragt der Herr Lehrer. Mein Elschen, die grab' Die Pfliffigste, hat schon die Antwort parat:  
„Das Wasser, das Feuer, die Luft und . . . Berzil!“  
Da lacht der Herr Lehrer verwundert: „Sobiel Ich weiß, ist die „Erde“ das vierte im Bund.“  
Doch Elschen, mit nichten verlegen, tut kund:  
„Als Mama vor kurzem die Waschfrau bekam, Die neue, die sie auf Empfehlung hin nahm, Da fragte die Frau, ob „Berzil“ sei im Haus, Sonst könnt' sie nicht kommen, sonst hielt' sie's nicht aus: „Zum Waschen ich dieses allein nur verwend'!“  
Denn Senfens Berzil ist mein „Element“! W. S.

Ein praktischer Wink für die Küche. Welche Hausfrau kennt nicht folgendes einfache und bequeme Rezept: Kochendes Wasser, 1 Maggis Suppenwürfel für 10 Pfg., und 2 bis 3 Teller Wasser, nachhafter Suppe sind schnell fertig, z. B. Erbs, Reis, Blumenkohl, Grünkern oder irgend eine andere Sorte. Und es schmeckt „wie von Mutter“ gefocht, besonders wenn die Kochvorrichtung genau beachtet wird. Diese ist natürlich nicht für alle Suppen die gleiche. Denn eine Suppe braucht mehr, die andere weniger Wasser; eine muß länger, eine andere weniger lang kochen usw. — In den jetzigen teuren Zeiten sind Maggis Suppen besonders zu empfehlen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Febr.

Die Bürgergesellschaft der Weststadt

Nahm nun gestern auch Stellung zu den Plänen des Oberbürgermeisters betr. Vergesellschaftung der städt. Straßenbahn und des Elektrizitätswerks. In einer gut besuchten Versammlung im „Felsencafé“ sprach Herr Sekretär Klump über „Die städtische Straßenbahn“.

In der Diskussion sprach zunächst Herr Baurat Neumeister. Auch er wendet sich in längeren Ausführungen gegen das Veräußerungsprojekt des Oberbürgermeisters. Das Verhältnis wäre, wenn der Plan des Oberbürgermeisters zur Durchführung kommen würde, so, daß die Stadt mindestens 90 Prozent des Gewinnes aufbringen würde.

Gegen die eingebrachte sich gegen den Veräußerungsplan wendende Resolution, wurde verschiedentlich der Einwand erhoben, daß sie zu milde abgefaßt sei; auch wurde von anderer Seite der Standpunkt vertreten, daß es nicht nötig sei, eine Resolution anzunehmen.

Jugendausflug.

Es sei nochmals auf den morgen, Sonntag, 9. Februar, stattfindenden Ausflug nach dem Michaelsberg aufmerksam gemacht. Treffpunkt: halb 8 Uhr an der Endstation der Elektrizität in Durlach.

Marg-Vorträge.

Der nächste Vortrag des Gen. Dr. Diez findet am kommenden Dienstag, den 11. Februar, statt, worauf die Teilnehmer schon heute aufmerksam gemacht werden.

Bevölkerungsbewegung im Jahre 1912.

Die Zahl der Eheschließungen betrug 1097 (1911: 1002). Lebendgeborene wurden 3001 (2987) angemeldet, darunter 1564 (1544) Knaben und 1437 (1443) Mädchen; ehelich waren 2552 (2528) und unehelich 449 (459). Die Zahl der Totgeborenen betrug 73 (96), darunter 35 (57) Knaben und 38 (39) Mädchen.

Die gesundheitlichen Verhältnisse waren in Karlsruhe im vergangenen Jahre recht befriedigend, soweit die Sterblichkeit dafür Anhaltspunkte bietet. Sind doch 1912 134 Personen weniger gestorben als im Jahre 1911, während man in Anbetracht des Bevölkerungszuwachses von 2500 Personen das Gegenteil hätte erwarten können.

findet. Und damals war die (durchschnittliche) Bevölkerung um 24 000 Personen kleiner. Noch deutlicher zeigt sich, wie günstig das Berichtsjahr war, wenn man die Sterbefälle auf je 1000 Einwohner verteilt. Die sich ergebende Sterbeziffer (14,13) ist die niedrigste, die seit 1872 (frühere Ziffern fehlen) beobachtet wurde.

4. Volkstümliches symphonisches Konzert.

Eine genussreiche, künstlerisch wertvolle Veranstaltung verspricht das am nächsten Mittwoch, 12. Februar, abends halb 9 Uhr in der städt. Festhalle stattfindende von der verstärkten Kapelle des 1. bad. Leib-Grenadier-Regts. 109 gegebene 4. volkstümliche symphonische Konzert zu werden.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Kolosseum. Das Gastspiel des Oberbayerischen Bauerntheaters, welches sich eines steigenden Besuches zu erfreuen hat, wird heute Samstagabend den zweiten „Thoma-Abend“ mit „Medaille“ und „1. Klasse“ veranstalten.

Starbierfest. Unserer gestrigen Notiz sei nachgetragen, daß das Starbierfest im „Küsten-Krug“ stattfindet. Den Besuchern wird reichliche und humorvolle Unterhaltung geboten.

Konzert Schramm-Oppermann. Es sei hiermit nochmals auf das heute abend stattfindende Konzert des Pianisten Paul Schramm unter Mitwirkung von Fräulein Martha Oppermann hingewiesen, zu dem noch Karten in allen Preislagen an der Abendkasse zu haben sind.

Charlotte Herpin, die bekannte Berliner Künstlerin, die am 10. Februar hier bei uns ein Konzert unter Mitwirkung des Geigenvirtuosen Eddy Brown geben wird, steht heute in der vorberstehenden Reihe der deutschen Konzertfängerinnen.

Der Balkan-Konflikt.

Die militärischen Operationen.

Konstantinopel, 7. Febr. Aus den Dardanellen ein-treffende Reisende erzählen, daß griechische Transportdampfer verladen, serbische Truppen bei Gallipoli zu landen. Diese Truppen seien in Salonik mit der ange-schlossenen Bestimmung nach Durazzo eingeschifft worden.

Neue Kämpfe.

Sofia, 7. Febr. In dem gemeldeten Kampfe südlich des Karakluffes nahm auch die türkische Flotte teil. Ihr Feuer fügte aber den bulgarischen Truppen keine Verluste zu.

des Karasu zu gelangen, aber sie wurden von den bulgarischen Vorposten zurückgeworfen und kehrten mit empfindlichen Verlusten in ihre Stellungen zurück.

Finanzschwierigkeiten.

Konstantinopel, 7. Febr. Der Finanzminister Haini Pascha ist zurückgetreten, weil er, wie verlautet, die Verantwortung für die Leistung der Vorschüsse aus dem Reservefond der Vafusgüter an die Regierung nicht übernehmen wollte.

Letzte Nachrichten.

Die Altenburger Landtagswahlen.

Altenburg, 7. Febr. Das endgültige Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen liegt noch nicht vor. Es steht aber schon jetzt fest, daß auch im neuen Landtag eine Mehrheit der Rechten vorhanden ist.

Die Londoner Botschafterkonferenz.

London, 7. Febr. Wie das „Reiterische Bureau“ hört, haben die Botschafter bei ihrer gestrigen Sitzung die albanische Frage besprochen. Viele Erwägungen über den großen Umfang des Gegenstandes führten dazu, daß die Diskussion nur ganz allgemein gehalten wurde.

Die belgische Verfassungsfrage.

Brüssel, 7. Febr. Die belgische Kammer hat heute mit 99 gegen 83 Stimmen und zwei Enmancipationsbeschlüssen den Antrag auf prise en confidence der Verfassungsänderung abgelehnt. Die äußerste Linke antwortete auf das Ergebnis mit lärmenden Schreien auf den allgemeinen Ausstand.

Nasi wieder in der italienischen Kammer.

Rom, 7. Febr. Die Wahl des Erministers Nasi, der vom Obersten Gerichtshof verurteilt, aber von seinen Wählern in Trapani in 15 Mandatgruppen immer wieder in die Kammer gewählt worden war, war bis jetzt auf Grund seiner gerichtlichen Verurteilung stets für ungültig erklärt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Dr. Ihre beiden Sachen haben wir angenommen; ersuchen demnach. Storcheneck-Stammtisch. Ein Professor mit dem angegebenen Namen hat an der hiesigen Hochschule weder um die angegebene Zeit noch nachher doziert.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

S. M., Baden-Baden. Nach § 61 Ziffer 6 des Vermögenssteuergesetzes sind von der Veranlagung zur Vermögenssteuer alle diejenigen befreit, deren steuerbares Kapitalvermögen weniger als 1000 M. beträgt.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Ziegler; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Morgen Sonntag Bezirks-tourntag in Dagsfeld. Abmarsch der Delegierten 1/8 Uhr früh vom Durlacher Tor. 5203.

Buchhandlung Volksfreund. Wir empfehlen: Der Balkan-Krieg und die deutsche Welt-politik von Otto Bauer. Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.

**Pfannkuch & Co**

Neu eingetroffen  
der erste Waggon  
neue  
**Malta-Kartoffeln**  
3 Pfd. 30 Pfg.  
10 Pfd. 95 Pfg.  
Ein Waggon  
neue  
**Algier-Kartoffeln**  
3 Pfd. 45 Pfg.  
10 Pfd. 1.40 Mk.  
Ein Waggon  
**Rotkraut**  
Kopf 25 Pfg.  
**Weißkraut**  
Kopf 18 und 20 Pfg.  
Ein Waggon  
italienischer  
**Blumenkohl**  
Kopf 14 und 16 Pfg.  
**Schwarz-wurzeln**  
Pfd. 28 Pfg.  
Frischer Pariser  
**Kopfsalat**  
3 Kopf 35 Pfg.  
Große Italiener  
**Zwiebeln**  
Pfd. 8 Pfg.  
10 Pfd. 75 Pfg.  
Mittlere sächsische  
**Zwiebeln**  
Pfd. 5 Pfg.  
10 Pfd. 45 Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
In den bekanntesten  
Verkaufsstellen.

Gut eingeführte deutsche Feuer-  
versicherungs-Aktien-Gesellschaft  
mit Nebenbranchen sucht tüchtigen  
**Vertreter**  
in hohen Bezügen. Offerten  
unter Nr. 5226 a. d. Exp.

**Luxem**  
gegenüber der Hauptpost.  
Aus dem reichhaltigen  
Programm vom Samstag,  
den 8. Februar bis inkl.  
Dienstag, den 11. Februar  
sei besonders erwähnt:  
**Seelenstürme.**  
Vornehmer Gesellschafts-  
Schlager in 3 Akten.  
Tief ergreif. Handlung voll  
pack. Momente, herrl. Aus-  
stattung, pittoreske Szenen-  
rie, meisterhaftes Spiel der  
Darsteller, prachtvoll kolori-  
ert, ein Schlag. 1. Ranges.

Waldstr. 16/18 **Colosseum** Telephon 1938  
Gastspiel des großen oberbayr. Bauern-Theaters.  
Direktion: M. Dengg.  
Spielplan für die Zeit vom 8. bis inkl. 12. Februar.  
Jeweils abends 8 Uhr!

Samstag, 8. Febr.: **2. Thoma-Abend. Medaille. 1. Klasse.**  
Sonntag, 9. Febr.: nachmittags 4 Uhr: **Im Herbstmanöver.**  
Bauernposse mit Gesang u. Tanz in 8 Akten. Abends  
8 Uhr: **'s Musikanten-Dirndl.** Bauernkomödie mit  
Gesang und Tanz von Hans Werner-Holzmann.  
Montag, 10. Febr.: Neuheit! **Der Jäger von Fall.** Neuheit!  
Volksstück in 3 Akten von Dr. Ludw. Ganghofer.  
Dienstag, 11. Febr.: **Der Pfarrer von Kirchfeld.** Volksstück  
mit Gesang in 5 Akten von L. Anzengruber.  
Mittwoch, 12. Febr.: **3. Thoma-Abend. Medaille. 1. Klasse.**  
Weiterer Spielplan folgt Mittwoch, 12. Februar.  
Colosseum-Kasse täglich vormittags von 11-12½ Uhr und  
abends von 7 Uhr ab geöffnet. 5221

**Romeo-Stiefel**  
für  
**Herren und Damen**  
in schwarz und braun, alle Lederarten, sowie Lack-  
leder und Chevreau mit und ohne Lackkappen, auch  
Derbyschnitt in den neuesten englischen, ameri-  
kanischen, deutschen und Wiener Fassonen.  
Elegante Promenadenschuhe in allen Lederarten  
schwarz u. farbig, Lackleder u. Sämsch. Einsatz.  
Verkaufsstellen in fast allen grösseren Städten  
Deutschlands.

**Berg- u. Touristenstiefel, Schnallen- u. Zugstiefel**  
in nur guter Ausführung.  
Für Haltbarkeit wird volle Garantie übernommen.

**ROMEO**

Gesetzlich geschützt.

**Einheits-Preis**

**750**  
jedes Paar  
ohne Ausnahme.

**Romeo-Stiefel** diese sind an Qualität und Aus-  
führung noch von keiner Kon-  
kurrenz übertroffen.  
**Romeo-Stiefel** sind äusserst gut und dauerhaft  
im Tragen.  
**Romeo-Stiefel** dürfen nicht mit billigeren An-  
geboten oder ähnlichen Preis-  
lagen verglichen werden.  
**Romeo-Stiefel** haben sich einen Weltruf er-  
worben und bleiben für jeden  
Kenner ein Rätsel.  
**Romeo-Stiefel** werden von 100 000 und aber-  
mals 100 000 Menschen getra-  
gen und stets gerne gekauft.  
**Beachten Sie bitte meine Schaufenster!**  
Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

**Schuh-Haus Romeo**  
Kaisersstr. 56 Karlsruhe Kaisersstr. 56  
Sonntags von 11 Uhr an geöffnet.  
Am hiesigen Platze unterhalte keine  
weitere Filiale. 3939

**Rollschuh-Palast.**  
**Triumphator-Ausschank.**  
**München in Karlsruhe.**  
Eröffnung Samstag, den  
8. Februar, abends 6 Uhr.

Hans Feistbauer, Festschiff aus München, kommt  
mit seiner weltberühmten Original-Oberländer  
Kapelle zum Triumphator-Ausschank hierher,  
und gibt dort täglich große populäre, sowie  
humoristische Konzerte, Aufführung der welt-  
bekanntesten Schuhplattlerlätze, ausgeführt von  
preisgekröntem Tänzerpaar.

**Humor. Stimmung.**  
Wein-Nische. Englisches Buffet.  
Münchener Spezialitäten.  
Kostbarkeiten mit Sauerkraut.  
Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflich ein 5219  
Hans Feistbauer, Festschiff.

**Bekanntmachung.**  
Umschulungen betreffend.  
1. Kinder, die auf Beginn des neuen Schuljahres die Wohnung  
wechseln,  
2. Schüler, die in die Bürgerschule (Klasse IV) und  
3. Schülerinnen, die in die Mädchenschule (Klasse II, III und IV)  
überreten wollen, sind am Montag, den 17. Februar bei  
ihren bisherigen Klassenlehrern abzumelden.  
Karlsruhe, den 5. Februar 1913. 5212  
Das Volksschulrektorat:  
Dürr, Stadtschulrat.

Nur noch heute und Sonntag  
gebe ich auf sämtliche  
**Schuhwaren**  
5 Prozent in Bar, auf Winterschuhwaren 15 Prozent.  
Sanz besonders em-  
pfehle ich einen Posten **Damenstiefel**  
echt Chevreau in prima Ausführung Nr. 86, 87, 88 und 89,  
jedes Paar 7 Mark netto, nur so lange der Vorrat reicht.  
Ein Posten zurückgesetzte Damenstiefel, jedes Paar nur 4 Mark.  
**J. Madlener, Auktions-**  
Schuhgeschäft.  
Rüppurrerstraße 20. 5227

**Weine!**  
Empfehle einen guten,  
kräftigen  
**Weißwein**  
(Kanades)  
Literflasche 70 S  
Flaschenpfand 15 S  
**Frankweiler**  
Literflasche 90 S  
Flaschenpfand 15 S  
**Rotwein**  
(Portugieser)  
hochfeine Qualität, zu  
Weißwein besonders  
5224 geeignet.  
Literflasche 70 S  
Flaschenpfand 15 S  
**Bordeaux**  
Jahrgang 1909  
(Chateau Beaulieu)  
Flasche mit Glas 1.-

**Kaiser-Kino**  
am Durlacher Tor.  
Aus dem reichhaltigen  
Programm vom Samstag,  
den 8. Februar bis inkl.  
11. Februar sei besonders  
erwähnt: 5190  
**Ferdinand Bonn,** der  
grosse deutsche Künstler  
in  
**Sklenen der**  
**Schönheit.**  
Vornehmer Sensations-  
Schlager in drei Akten.

**Arbeitsvergebung.**  
Zum Neubau des Städt. Kinder-  
heims, Ede Wielen- u. Sybelstr.  
und der Schule in Rüppurr  
sind die  
**Berzug-Arbeiten**  
zu vergeben.  
Angebotsformulare können  
beim Städt. Hochbauamt, Rat-  
haus, II. Obergesch. Zimmer  
102, abgeholt werden.  
Dasselbst sind auch die Angebote  
bis  
Donnerstag, 20. Febr. d. J.  
nachmittags 4 Uhr  
mit entsprechender Aufschrift her-  
sehen, einzureichen. 5210  
Karlsruhe den 7. Febr. 1913.  
Städt. Hochbauamt.

**Wäsche** zum Waschen u. Bügeln  
wird angenommen  
Seubertstraße 5, 4. St. links.  
**Ausgekämmte Haare**  
werden fortwährend angekauft  
und gut bezahlt. 8976  
Dortstraße 19, Friseurgeschäft.  
**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburten vom 2. bis 6. Februar: Hans, B. Adolf Matt,  
Schneidermeister. Gertrud Anna Ottilie, B. Kornelius Vogheimer,  
Justizaktuar. Hans Erwin, B. Eugen Laninger, Ladier.  
Todesfälle vom 5. bis 7. Februar: August Goffmann  
Schreiftischer, Witwer, alt 61 J. August, alt 6 J., B. August  
Weder, Schlosser. Elisabeth, alt 8 J., B. Karl Wagh, Monteur.  
Hans, alt 1 J. 11. M. 24 J., B. Karl Hofmann, Bäcker.

**Residenz-Theater**  
Waldstr. 30.  
Ununter-  
brochen Vor-  
führungen  
von nachmittags 3 Uhr  
bis abends 11 Uhr.

Vornehmstes und elegan-  
testes Unternehmen am  
Platze. Eigens zu diesem  
Zwecke erbaut.

**Programm**  
von Samstag, 8. bis inkl.  
Dienstag, 11. Februar.  
**Seelenstürme.** Drama  
in 2 Akten.  
**Moriz sucht Stellung.**  
Komisch.  
**Pathé-Journal.** Neueste  
Berichterstattung.  
**Ein Markt in Kabylien.**  
Naturaufnahme.  
**Unter dem Stern-**  
**banner.** Mexikanisches  
Drama.  
**Die Truppe Sturia.**  
Akrobatikfilm. Natur-  
Aufnahme. 5202

**Pfannkuch & Co**

**Frisches Obst.**  
Der erste Waggon  
**Spanische**  
**Blut-**  
**Orangen**  
St. 5, 6 u. 7 Pfg.  
**Saffa-**  
**Orangen**  
süße Frucht, fast ohne  
Kern, große  
Stück 8 Pfg.  
extra große  
St. 10 u. 12 Pfg.  
**Spanische**  
**Orangen**  
St. 4, 5 u. 6 Pfg.  
**Französische**  
**Tafeläpfel**  
3 Pfd. 35  
3 „ 40  
3 „ 45  
feinste Reinetten  
Pfd. 20 Pfg.  
**Umeria-**  
**Strauben**  
Pfund 60 Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
In den bekanntesten  
Verkaufsstellen.

# Leopold Kölsch

Stammhaus gegr. 1844

Karlsruhe Kaiserstr. 211

Telephon Nr. 160

## Inventur-Räumungs-Verkauf

Beginn: Donnerstag, den 6. Februar — Ende: Samstag, den 15. Februar

### Extra billiges Angebot!

### Abteilung Strumpfwaren.

<b>Damen-Strümpfe, gewoben</b>	
Baumwolle, schwarz und lederfarbig . . .	Wert per Paar Mk. 0.85 jetzt per Paar Mk. 0.70
Baumwolle, schwarz . . . . .	Wert per Paar Mk. 0.80 jetzt per Paar Mk. 0.60
Baumwolle, farbig, fein gewoben . . . . .	Wert per Paar Mk. 0.90 jetzt per Paar Mk. 0.70
Wolle, farbig . . . . .	Wert per Paar v. 2.50—3.50 jetzt per Paar Mk. 1.75

<b>Socken</b>	
Sogenannte Schweiß-Socken . . . . .	Wert per Paar Mk. 0.75 jetzt per Paar Mk. 0.55
Baumwolle, schwarz u. lederf. gewoben	Wert per Paar Mk. 0.80 jetzt per Paar Mk. 0.45
Wolle, grau gestrickt . . . . .	Wert per Paar Mk. 1.30 jetzt per Paar Mk. 1.00
Wolle, grau gestrickt . . . . .	Wert per Paar Mk. 1.00 jetzt per Paar Mk. 0.80

<b>Baumwolle, schwarz und lederfarbig</b>	<b>Gestrickte Strümpfe</b>	<b>Wolle, schwarz und lederfarbig</b>
Grösse 3-7 (4 bis 8 Jahre)	Grösse 8-12 (9 Jahre bis Erwachsene)	Grösse 3-7 (4 bis 8 Jahre)
Serie I . . . . . Paar Mk. 0.65	Serie I . . . . . 0.85	Grösse 8-12 (9 Jahre bis Erwachsene)
Serie II . . . . . Paar Mk. 0.80	Serie II . . . . . 1.10	Paar . . . . . Mk. 1.20
		Paar . . . . . Mk. 1.60

### Abteilung Herrenwäsche

<b>Herren-Oberhemden, Zefir und</b>	Wert Mk. 6.50-9.00
Perkal mit Reservemannsch.	jetzt Mk. 5.00
<b>Herren-Nachthemden</b>	Wert Mk. 3.75-4.50
	jetzt Mk. 3.00
<b>Herren-Macco-Hemden, alle Grössen</b>	2.20
garantiert echt Macco	jetzt Mk.
<b>Herren-Trikothemden, alle Grössen</b>	2.80
mit farbigem Einsatz	jetzt Mk.
<b>Herren-Trikot-Hosen</b>	1.60
alle Grössen, maccofarbig	jetzt Mk.



### Abteilung Damenwäsche

	Serie I	Serie II	Serie III
<b>Damen-Taghemden</b>	Wert Mk. 2.35-2.75	Mk. 2.25-4.00	Mk. 3.75-4.50
jetzt	Mk. 2.00	Mk. 2.75	Mk. 3.25
<b>Damen-Beinkleider</b>	Wert Mk. 1.80-2.25	Mk. 2.75-3.25	Mk. 3.50-4.00
jetzt	Mk. 1.50	Mk. 2.10	Mk. 2.75
<b>Damen-Nachthemd.</b>	Wert Mk. 4.50-5.00	Mk. 6.00-6.50	—
jetzt	Mk. 3.75	Mk. 4.75	—
<b>Damen-Jacken</b>	Wert Mk. 2.25	—	—
jetzt	Mk. 1.75	—	—

**Damen-Leibwäsche, gediegene Qualitäten und Ausführungen, etwas angeschmutzt, weit unter Preis.**

Grosser Posten einzelner Tischtücher zur Hälfte des bisherigen Preises.

**Abteilung Bett- und Tischwäsche**  
Tischtücher, Servietten, Handtücher, Betttücher  
Kissenbezüge, Frottierwaren, Hemdentuche, Halbleinen **enorm billig.**

Eine Partie **Handschuhe**  
in Baumwolle und Wolle zum Aussuchen **50**

### Abteilung Kinder-Konfektion

<b>Knaben-Anzüge, prima Stoffe . . .</b>	Wert Mk. 15.00 20.00 25.00
	Mk. 7.50 10.00 12.50
<b>Knaben-Wasch-Anzüge . . . . .</b>	Wert Mk. 3.50 4.20 5.30
	jetzt Mk. 2.30 2.80 3.90
<b>für 5 bis 11 Jahre . . . . .</b>	Wert Mk. 5.80 6.80 8.00
	jetzt Mk. 3.90 4.50 5.30

<b>Mädchen-Kleider, Woll- und</b>	Wert Mk. 5.00 7.00 10.00 12.00
Wachstoffe, für 1-4 Jahre	jetzt Mk. 2.50 3.50 5.00 6.00
<b>für 6-12 Jahre . . . . .</b>	Wert Mk. 10.00 15.00 20.00 24.00
	jetzt Mk. 5.00 7.50 10.00 12.00
<b>Mädchen-Jacken . . . . .</b>	Wert Mk. 15.00 20.00 24.00 28.00
	jetzt Mk. 7.50 10.00 12.00 14.00

**Kinder-Hüte, Mützen, Häubchen**  
Wert Mk. 3.00 5.00 7.00 10.00  
jetzt . . . . . Mk. 1.00 2.00

Ein Posten Unterröcke zur Hälfte des Wertes.

Ueber die Zeit des Räumungs-Verkaufs Bar-Rabatt **10%** Bar-Rabatt auf alle oben nicht aufgezeichnete Waren Garne u. Marken-Artikel ausgenommen.

Die Ware hat zum Teil durch Auswahlendungen und Auslagen gelitten. Das Verkaufslokal bleibt mittags von 1 bis 2 Uhr geschlossen.

**Verkauf nur gegen bar. Keine Auswahlendungen. Kein Umtausch.**